

BUNDESPOLIZEI

04 | 2026
53. Jahrgang
ISSN 2190-6718

kompakt



Verstärkung

10 Jahre Ausbildungsoffensive

Liebe Leserin, lieber Leser,



mit kaum einem Thema hat sich die **kompakt** in den vergangenen Jahren so häufig befasst, wie mit der Qualifizierung von Nachwuchskräften für die Bundespolizei. In dieser Ausgabe blicken wir auf zehn Jahre Ausbildungsinitiative zurück – beispielsweise auf neu erschlossene Standorte, zusätzlich gewonnenes Lehrpersonal und die Integration neuer Kolleginnen und Kollegen in ihre Dienststellen.

Auch für erfahrene Beschäftigte eröffnen sich neue Perspektiven: Ein Studium kann den Weg in den gehobenen oder höheren Dienst ebnen. Zwei Kollegen und eine Kollegin berichten ab Seite 16 von ihren Aufstiegsverfahren – und davon, wie sie diesen Schritt nach mehreren Jahren im Beruf erlebt haben. Ergänzend geben wir Ihnen ab Seite 22 einen Überblick über die Voraussetzungen und den Ablauf der unterschiedlichen Verfahren in Vollzug und Verwaltung.

In unserer Bilderstrecke stellt Karina Wellmann die neuen mobilen Küchen der Bundespolizei vor. Autark, leistungsstark und flexibel sind sie darauf ausgelegt, eine zuverlässige Versorgung – wo immer sie gerade benötigt wird – sicherzustellen. Damit bilden sie eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Einsatzunterstützungs- und Standortservices der Bundespolizeiabteilungen.

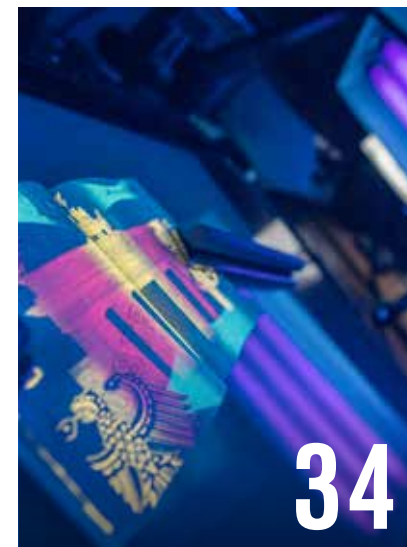
Neu im Redaktionsteam der **kompakt** ist Anna-Lena Seeger von der Bundespolizeiinspektion Stuttgart. Für diese Ausgabe hat sie einen Tag lang den Urkundenprüfer Willi Michel begleitet. Innerhalb kürzester Zeit erkennt er, ob Reisepässe, Identitätskarten oder Aufenthaltstitel echt, unecht, gefälscht oder verfälscht sind. Seine Erfahrung zeigt: Rund jedes zehnte Dokument, das auf seinem Tisch landet, ist eine Fälschung.

Und manchmal führt eine Entdeckung im Dienst auch zu einer ganz persönlichen Geschichte. Polizeimeisteranwärterin Luana Lubs hat auf dem Cover des Jubiläumskalenders der Bundespolizei ein Bild ihrer Mutter aus den 1990er-Jahren entdeckt – eine überraschende Begegnung mit der Bundespolizei- und Familiengeschichte.

Eine spannende Lektüre und einen goldenen Herbst wünscht

Ihre Sophia Graf
Redaktion **kompakt**





Inhalt 04 | 2026

Titelthema

- 6 Verstärkung**
10 Jahre Ausbildungsoffensive
- 8 Brennpunkt Ausbildung**
Die Hürden der Offensive
- 11 Neuer Ausbildungsplan für den mittleren Polizeivollzugsdienst**
In Erarbeitung
- 12 Ankommen statt nur anfangen**
Wie eine gute Integration den Einstieg erleichtert
- 14 Der direkte Einstieg in die Bundespolizei See**
Projekt „Heimathafen“
- 15 Kolumne**
Aus Alt mach Neu
- 16 „Verstellt Euch nicht“**
Jeder Aufstieg beginnt mit einem Eignungsauswahlverfahren
- 18 Kein Studium ohne Familie**
Fernlehre
- 20 Verkürzter Aufstieg**
Zurück auf die Schulbank
- 21 Karikatur**
- 22 Im Überblick**
Aufstiegsverfahren

Einsatz

- 26 Polizeiärztlicher Dienst der Bundespolizei See**
Gesund, sicher und einsatzbereit
- 30 Bilderstrecke**
Einsatzküche

Wir

- 33 Die Frau vom Kalenderblatt**
75 Jahre Bundespolizei

Hintergrund

- 34 Ein Tag ...**
... als Urkundenprüfer

Zu guter Letzt

- 38 „Waffenlose Selbstverteidigung immer aktuell“**
Zeitreise in den BGS vor 60 Jahren
- 39 Leserbrief**

Herausgeber
Bundespolizeipräsidium

Redaktion
Sophia Graf (V.i.S.d.P.), Uta Bluhm,
Heike Bremer, Ronny von Bresinski,
Marcus Büchner, Calvin Janovsky-Lauscher,
Marvin Katzer, Tim Kotter, Maya Mailand,
Yvonne Manger, Elena Müller, Ulrike Müller,
Roman Osburg, Anna-Lena Seeger,
Janine Seewald, Stefanie Thomas,
Enrico Thomschke, Karina Wellmann

Anschrift
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon/Fax
0331 97997-9420/-9409

E-Mail
redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Intranet Bundespolizei
infoportal.polizei.bund.de/kompakt

Internet
bundespolizei.de/kompakt

Lektorat
Anika Haink

Layout, Satz & Foto
Barbara Blohm, Mandy Cox,
Anja Ebach, Jennifer Späth,
Alexandra Stolze, Sarah Viebach
Bundespolizeipräsidium
Referat 66 – Medien

Druck
Druck- und Verlagshaus
Zarbock GmbH und Co. KG
Sontraer Straße 6
60386 Frankfurt am Main

Auflage
7 200

Erscheinung
sechsmal jährlich

Bundespolizei-Stiftung
Informationen unter www.bundespolizei.de

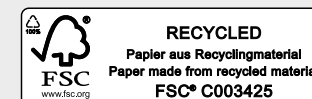
Wir danken allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Verfasserin oder der Verfasser verantwortlich. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung außerhalb der Bundespolizei nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Leserbriefe zu kürzen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe
10. Juni 2026

Informationen zum behördlichen Datenschutz finden Sie unter bundespolizei.de/datenschutz

Bildnachweis: alle Bilder Bundespolizei, außer: S. 22/23 freepik.com; S. 39 Mitte, Dr. Dr. Andreas Tank

Papier
Circle Silk Premium White
IGEP 100% Recycling



Einsatztraining – ein „Angreifer“ wird zu Boden gebracht.



Verstärkung

10 Jahre Ausbildungsoffensive

Die Bundespolizei ist in den vergangenen 10 Jahren um mehr als 10 500 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte angewachsen. Das entspricht einem Zuwachs von knapp 35 Prozent. Diese Zahl klingt zunächst vor allem eindrucksvoll.

Doch wie verändert eine solche personelle Verstärkung eine Behörde? Welche Chancen haben sich durch die Ausbildungsoffensive ergeben und welche Herausforderungen hat sie mit sich gebracht?

Die Zunahme an Dienstposten im gehobenen Polizeivollzugsdienst eröffnete mehreren tausend Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes eine große Chance: die Teilnahme an einem Aufstiegsverfahren mit heimatnahen Zieldienstposten. Gleichzeitig ergab sich aus den zusätzlichen Planstellen eine Vielzahl an Beförderungsmöglichkeiten in allen Laufbahngruppen.

Auch die Struktur der Behörde hat sich durch die Neueinstellungen spürbar verändert. Die Nachwuchskräfte verjüngen die Bundespolizei. Lag das Durchschnittsalter bei den Polizistinnen und Polizisten vor zehn Jahren noch bei 43,2 Jahren, sind es heute 39,5 Jahre. Der Frauenanteil stieg von 15 auf knapp 21,5 Prozent an.

Die Bundespolizei ist durch die Ausbildungsoffensive also stärker, jünger und weiblicher geworden. Die Entwicklung hatte jedoch ihren Preis. Denn ein derartiger Aufwuchs bedeutet zunächst vor allem eines: Nahezu alle verfügbaren Ressourcen – und teilweise sogar darüber hinaus – mussten in die Ausbildung investiert werden. Die Folgen dieser notwendigen Prioritätensetzung werden die Behörde in vielen Bereichen noch lange beschäftigen.

Denn mit dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung oder des Studiums ist die Entwicklung längst nicht abgeschlossen. Für die jungen Kolleginnen und Kollegen beginnt die Integration in die Dienststellen der Bundespolizei – damit folgt ein weiterer Fortbildungsbedarf. Möglicherweise schließt sich bei dem einen oder der anderen sogar ein Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn an.

Text **Sophia Graf**



Die Hürden der Offensive

Brennpunkt Ausbildung

Tausende zusätzliche Auszubildende und Studierende in die Bundespolizei einstellen – wie soll das funktionieren? Mit dieser Frage sieht sich die Bundespolizeiakademie seit 2015 konfrontiert – eine Chronologie.

Als Reaktion auf die Migrations- und Sicherheitslage beschloss die Bundesregierung 2015 im ersten Sicherheitspaket eine Aufstockung von 3 000 zusätzlichen Dienstposten bei der Bundespolizei – weitere sollten in den kommenden Jahren folgen. Ziel war es, diese zügig mit neu ausgebildeten Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes zu besetzen. Die bestehenden Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren (BPOLAFZ) konnten den sich ergebenden zusätzlichen Bedarf nicht decken. Doch wo sollten die neuen Kräfte ausgebildet werden?

Neue Standorte

Unter hohem zeitlichem Druck und bei beschränktem Angebot an verfügbaren Liegenschaften konnte in Bamberg, auf dem Gelände einer von amerikanischen Streitkräften im

Jahr 2014 geräumten Kaserne, ein zusätzlicher Standort gefunden werden. Innerhalb von nur neun Monaten wurden Teile der Liegenschaft ertüchtigt. Am 1. September 2016 konnten dort die ersten 600 Auszubildenden den Vorbereitungsdienst beginnen. Weitere Gebäude wurden nutzbar gemacht, sodass in den folgenden Monaten bis zu 2 500 zusätzliche Unterkunftsplätze bereitgestellt werden konnten. Damit verdoppelten sich zwar die Ausbildungskapazitäten der Bundespolizeiakademie (BPOLAK), aber auch das reichte nicht aus, um die sich intensivierende Einstellungsoffensive zu bewältigen. Waren 2015 noch rund 3 500 junge Menschen im Vorbereitungsdienst des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes, stieg deren Zahl im Jahr 2018 bereits auf über 8 000.

Angesichts dieser Größenordnungen wurden in den Folgejahren in Diez, Rotenburg an der Fulda und Bielefeld weitere Ausbildungsstätten erschlossen. Teilweise wurden dort sowie in bestehenden BPOLAFZ temporäre Unterkünfte in Containern errichtet. Zahlreiche Anwärterinnen und Anwärter im 2. Dienstjahr absolvierten ihre Ausbildung zudem ausgelagert in den Bundespolizeiabteilungen. Nur so gelang es, die Spitzenlast im Jahr 2021 von fast 10 000 Auszubildenden im Vorbereitungsdienst zu bewältigen.

Lehrpersonal

Neben der kurzfristigen Errichtung von zusätzlichen Ausbildungsstätten und Unterkunftsplätzen bestand die größte Herausforderung für die BPOLAK in der Gewinnung von Lehrkräften. Die Bundespolizeidirektionen waren mit den vorübergehend wiederingeführ-

ten Binnengrenzkontrollen zur Bewältigung der Migrationslage stark belastet und konnten daher auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaum verzichten. Allein im BPOLAFZ Bamberg stieg jedoch der Bedarf an Lehrpersonal im Jahr 2020 auf mehr als 600. Da die Ausbildungsoffensive zeitlich begrenzt war, wurde ein erheblicher Teil des Bedarfs durch befristete Abordnungen aus den Einsatzdienststellen gedeckt.

In einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit den Bundespolizeidirektionen gelang es, umfangreiche Praxiserfahrung in die Ausbildung einzubringen und zugleich in die Zukunft zu investieren. Schließlich galt es, die zukünftigen Verstärkungskräfte für die Einsatzdienststellen auszubilden.

Pandemie

Als ob die Ausbildungsoffensive nicht herausfordernd genug war, forderte die Coronapandemie ab 2020 neue, kreative Lösungen in der Ausbildung. Um dem Infektionsschutz gerecht zu werden – und zugleich das Ausbildungsziel nicht zu gefährden –

reagierte die BPOLAK unmittelbar. Innerhalb kurzer Zeit wurden Ausbildungsinhalte für die digitale Unter- richtung angepasst und auf Fernlehre umgestellt. Eine vollständig digitale Wissensvermittlung für angehende Polizistinnen und Polizisten ist nicht möglich. Daher schufen die Verantwortlichen mit hohem planerischem Aufwand eine abschnittsweise Präsenz. Durch all diese Maßnahmen blieben die Ausbildungszeiten für die betroffenen Jahrgänge unverändert. Gleichwohl ist festzustellen, dass die erbrachten Ergebnisse vor dem Hintergrund der außergewöhnlichen Belastungen während der Pandemie hinter dem Niveau der Vorjahre zurückblieben.

Wachstum mit großen Schritten

Zu Beginn der Offensive im Jahr 2015 leisteten etwa 30 500 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ihren Dienst in der Bundespolizei. Nachdem in den beiden folgenden Jahren diese Zahl nur geringfügig stieg, wuchs der Vollzugsdienst in den Jahren ab 2019 jährlich um mehr als 1 000 zusätz-

liche Kräfte an. Der größte Zuwachs wurde in den Jahren 2023 und 2024 verzeichnet. Knapp 2 000 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen konnten jeweils nach abgeschlossener Laufbahnausbildung in die Dienststellen entsandt werden. Bis 2025 stieg die Zahl kontinuierlich weiter auf rund 41 000 Vollzugsbeamtinnen und -beamte.

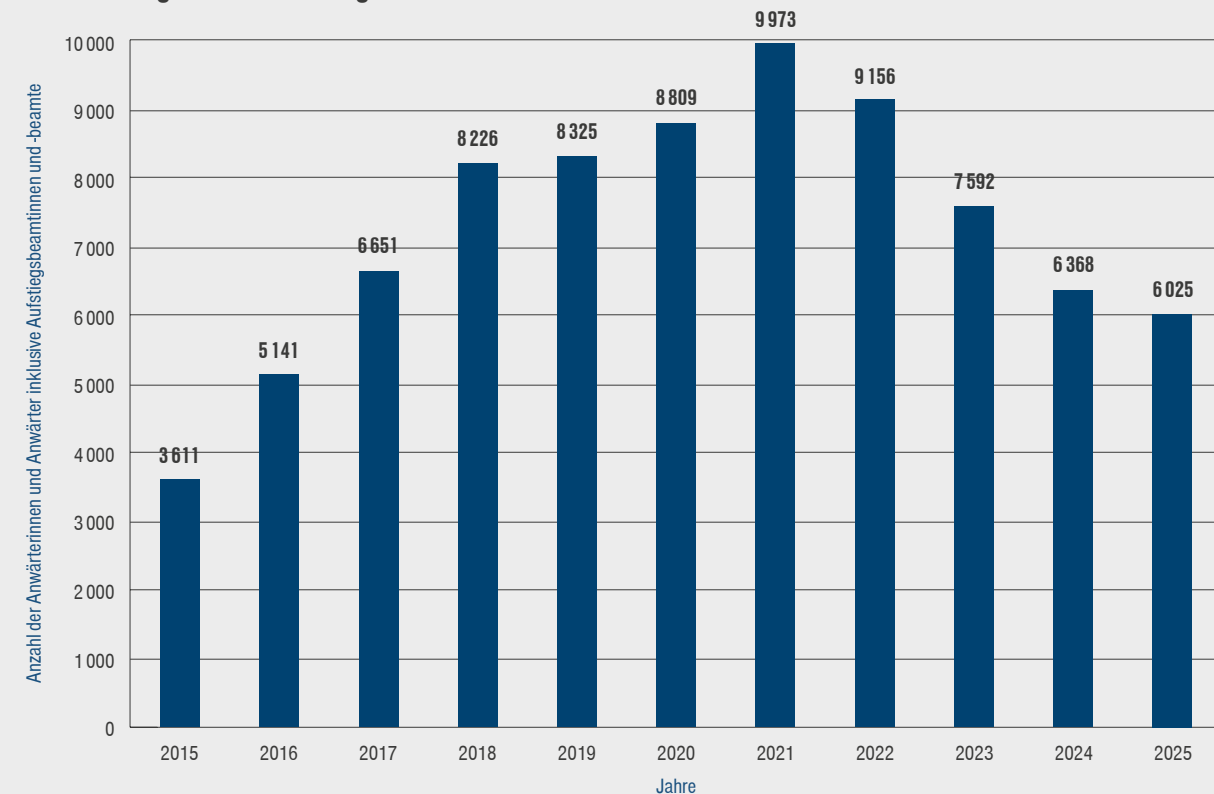
Der Peak der Ausbildungsoffensive ist überschritten. Der demographische Wandel und die daraus resultierenden hohen Pensionszahlen führen jedoch weiterhin zu einem hohen Bedarf an Nachwuchskräften.

Zudem kann ein struktureller Wandel in den jüngsten Generationen der Auszubildenden festgestellt werden. Diese zeigen sich wesentlich volatiler in ihrer Berufswahl. Das trägt dazu bei, dass sich insbesondere zu Beginn der Ausbildung – aber auch nach erfolgreichem Abschluss – ein Teil der jungen Menschen beruflich neu orientiert und die Bundespolizei verlässt.



Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Bamberg – ehemaliges Gelände der amerikanischen Streitkräfte

Entwicklung der Einstellungszahlen



Im Jahr 2025 befanden sich mit etwa 6 000 Anwärterinnen und Anwärtern noch immer deutlich mehr Auszubildende im Vorbereitungsdienst als 2015.

Ursprüngliche Pläne, neue Ausbildungsstandorte nach Beendigung der Einstellungsoffensive zu verkleinern und die BPOLAFZ Diez, Rotenburg an der Fulda und Bielefeld zu schließen, wurden zwischenzeitlich überwiegend verworfen. Bamberg, Diez und Rotenburg an der Fulda werden der Bundespolizei dauerhaft zur Verfügung stehen. Der Standort Bamberg wird voraussichtlich erst in den 2030er Jahren abschmelzen und dann seine endgültige Kapazität erreichen.

Während die Ausbildungszahlen zurückgegangen sind, legt die BPOLAK ihren Fokus wieder verstärkt auf den zwischenzeitlich aufgestauten und wachsenden Bedarf an Fortbildungen. Neue Verfahren, wie das europäische Ein- und Ausreisensystem, kurz

EES, oder jüngst das Gemeinsame Europäische Asylsystem erfordern die Schulung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen. Weiterhin ist dem Verlust an Fachwissen durch die Pensionierung erfahrener Kolleginnen und Kollegen mit rechtzeitiger Qualifikation junger Kräfte zu begegnen.

Auch wenn sich die Brennpunkte verlagern, die erfolgreiche Aus- und Fortbildung hat einen entscheidenden Anteil an der personellen und fachlichen Entwicklung der Bundespolizei. ■

Text **Marcus Büchner**



Auf den Punkt

Um die Ausbildungsoffensive bewältigen zu können, musste die Bundespolizeiakademie ihre Kapazitäten mehr als verdoppeln. Dazu wurden neue Ausbildungsstätten in Bamberg, Diez, Rotenburg an der Fulda und Bielefeld erschlossen und bei den bestehenden Standorten die Kapazitäten zum Teil erhöht. Auch nach Bewältigung der Ausbildungsoffensive sind die Zahlen der Auszubildenden auf einem hohen Niveau, sodass die neuen Dienststellen dauerhaft weiterbetrieben werden.



In Erarbeitung

Neuer Ausbildungsplan für den mittleren Polizeivollzugsdienst

Der Ausbildungsplan des mittleren Polizeivollzugsdienstes steht derzeit auf dem Prüfstand. Seit mehr als 25 Jahren werden Lerninhalte den Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärtern nahezu unverändert vermittelt. Die letzten umfangreichen Anpassungen erfolgten Ende der 1990er-Jahre.

Ausschlaggebend war damals: Die Übertragung neuer Aufgaben – wie Bahnpolizei und Luftsicherheit – sowie die Ratifizierung des Schengen-Vertragswerks. Heute zwingen veränderte Bedrohungslagen, die anhaltend hohe Gewaltkriminalität, der digitale Wandel – aber auch ein gestiegener Personalbedarf – die Bundespolizei zu weitreichenden Überarbeitungen der Lehrinhalte. Anfang 2025 wurde hierfür eine Projektgruppe beim Referat 75 des Bundespolizeipräsidiums ins Leben gerufen. Zentrales Ziel: Den Ausbildungsplan an die Anforderungen der späteren Dienststellen ausrichten sowie die Bedürfnisse der Anwärterinnen und Anwärter stärker berücksichtigen.

Status Quo

Zunächst musste jedoch der Istzustand erhoben werden. Mehr als 600 Dokumente – darunter Polizeidienstvorschriften, Richtlinien, Leitfäden, Verfügungen, Auswerteprodukte, Studien und Konzeptionen – werteten die Verantwortlichen aus.

Außerdem wurde auf die Expertise und Erfahrung einiger Länderpolizeien zurückgegriffen. Hinzu kamen die Analyse verschiedener Arbeitsplätze sowie Workshops und Experteninterviews mit zahlreichen Beschäftigten – hierunter Fachlehrerinnen und -lehrer, Angehörige der Dienstgruppen, Personalvertretungen, aber insbesondere auch Anwärterinnen und Anwärter.

Ziele

Aus all diesen Einzelmaßnahmen erarbeitete die Projektgruppe zusammen mit ausgewählten Bundespolizeidirektionen Meilensteine: Vier grundlegende Kompetenzprofile, die an das Modell des Bundesinstituts für Berufsbildung angelehnt sind. Personal-, Polizei-, Sozial- und Methodenkompetenz bilden die Basis. Sie beschreiben, welche Qualifikationen am Ende der Ausbildung vorhanden sein müssen.

Weiterhin soll die Laufbahnausbildung künftig noch stärker praxis- und handlungsorientiert erfolgen. Die

Verwendung modernster Lehr- und Lernmethoden ermöglicht es, den Unterrichtsstoff adressatengerecht und nachhaltig zu vermitteln. Hierzu gehört neben dem Einsatz digitaler Technik auch die Stärkung der Methodenkompetenzen der Dozentinnen und Dozenten. Sie sollen die Anwärterinnen und Anwärter darin stärken, selbstständig Inhalte zu erarbeiten. Es geht nicht darum, möglichst viel Stoff unterzubringen, sondern das Richtige wirksam und praxisnah zu vermitteln.

Der neue Ausbildungsplan soll bis Ende 2027 erarbeitet sein. Ob die verfolgten Ziele damit erreicht werden können, wird die Zukunft zeigen. ■

Text **Enrico Thomschke**



Polizistin zu werden, war für Gamze ein Kindheitstraum, der in Erfüllung gegangen ist.

Ankommen statt nur anfangen

Wie eine gute Integration den Einstieg erleichtert

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen ist das eine, sie erfolgreich in den Dienstalltag zu integrieren, das andere. Gerade in Zeiten hoher Einstellungszahlen kommt einer gelungenen Einarbeitung besondere Bedeutung zu. Die Bundespolizeiinspektion Flughafen Stuttgart legt deshalb großen Wert auf eine strukturierte Einweisung und persönliche Begleitung.

Als Gamze Kizik im März 2026 ihren Dienst als Kontroll- und Streifenbeamtin am Stuttgarter Flughafen antritt, beginnt für sie ein neuer Lebensabschnitt. Die 25-Jährige hat ihre Heimat in Nürnberg verlassen. Sie kennt in Stuttgart zunächst niemanden und muss sich in einer ungewohnten Umgebung zurechtfinden. Eine Herausforderung, die sie bewusst angenommen hat.

„Ich wollte unbedingt an einen Flughafen“, erzählt Gamze. „Stuttgart war meine erste Wahl.“ Ihr Flughafenpraktikum in der Ausbildung absolvierte sie in München. Von Kolleginnen und Kollegen hörte sie viel Positives über die Dienststelle in Stuttgart.

Der erste Eindruck zählt

An ihren ersten Arbeitstag erinnert sich Gamze noch genau: „Ich war gespannt, bin aber unworungenommen zur Dienststelle gekommen und wurde sofort

herzlich aufgenommen. Alle waren offen und sind auf mich zugegangen.“ Besonders aufgefallen seien ihr die zahlreichen jungen Gesichter. „Durch die Ausbildungsinitiative sind viele junge Kolleginnen und Kollegen in den Dienstgruppen. Das macht die Atmosphäre lockerer. Denn sie befinden sich in einer ähnlichen Lebensphase und kennen das Gefühl, neu zu sein. Da findet man schnell zwischenmenschliche Anknüpfungspunkte.“

Theorie trifft Praxis

Dass zwischen Ausbildung und Polizeialltag ein Unterschied besteht, merkt die junge Polizeimeisterin schnell. „Man glaubt, dass man nach der Abschlussprüfung ziemlich viel weiß. Im Dienst merkt man schnell, dass man jeden Tag noch Neues lernen kann.“

Besondere Sachverhalte, die in der Ausbildung kaum behandelt werden,

stellen Gamze zunächst vor Herausforderungen: Sei es die Ausstellung eines Reiseausweises als Passersatz, noch nie gesehene Grenzübertrittsbescheinigungen oder die Sachbearbeitung im Allgemeinen – vieles erschließt sich erst im praktischen Handeln. Mit jedem Dienst wächst die fachliche Sicherheit. „Nach ein paar Wochen habe ich gemerkt, dass vieles plötzlich Sinn ergibt. Man verknüpft Theorie und Praxis und arbeitet selbstständiger.“

Strukturierter Start

Den Grundstein dafür legte bereits die Einführungswoche. Für deren Organisation ist in der Bundespolizeiinspektion Flughafen Stuttgart André Heller mitverantwortlich. Er ist Angehöriger des Betreuungsteams, das sich aus Ansprechpartnerinnen und -partnern aus der Führungs- sowie den Dienstgruppen zusammensetzt. Er begleitet die neuen Kolleginnen und Kollegen

als verlässliche Anlaufstelle und steht ihnen bei allen Fragen rund um den Dienst unterstützend zur Seite. In der Einführungswoche erhalten die Neuen direkt zu Beginn einen umfassenden Einblick in die Dienststelle und ihre spezifischen Aufgaben. Neben organisatorischen Themen stehen unter anderem die Besonderheiten des Flughafens, Schulungen in den Bereichen Luftsicherheit, Grenzpolizei und Ausländerrecht sowie Polizeitraining auf dem Programm. Darüber hinaus stellen sich die verschiedenen Ansprechpersonen vor.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Betreuungskonzepts ist das Mentoring. Gemeinsam begleiten erfahrene Kolleginnen und Kollegen die Neuen in ihren ersten Wochen im Dienst. Sie arbeiten zusammen eine strukturierte Checkliste ab und vermitteln in kurzen Lerneinheiten Themen, die im Dienstalltag angewendet und umgesetzt werden müssen.

„Unser Ziel ist es, die Neuen praxisorientiert an die Aufgaben heranzuführen und ihnen das richtige Level an Fachwissen zu vermitteln“, erklärt



André Heller und vier weitere Mentorinnen und Mentoren stehen den Neuankömmlingen dauerhaft mit Rat und Tat zur Seite.

André Heller. Die Mentorinnen und Mentoren stehen nicht nur während der Schulungen als Ansprechpersonen zur Verfügung, sondern auch darüber hinaus.

Für Gamze ist das eine große Unterstützung. „Ich hatte nie das Gefühl, mit meinen Fragen allein zu sein.“ Auch André Heller sieht darin einen wesentlichen Erfolgsfaktor.

Teamarbeit

Ob Integration gelingt, hängt nicht allein von Programmen und Konzepten ab. Für Gamze bedeutet es vor allem, sich „wohl und zugehörig zu fühlen“. Entscheidend ist die Bereitschaft aller Beschäftigten, die neuen Kolleginnen und Kollegen offen aufzunehmen, Interesse zu zeigen und Hilfe anzubieten. „Wenn man neu in eine eingespielte Dienstgruppe stößt, kann es schwierig sein, Anschluss zu finden. Ein gemeinsames Kennenlernen auch außerhalb des Dienstes kann den Einstieg erleichtern und dazu beitragen, sich schneller als Teil des Teams zu fühlen.“ Diese Erfahrung bestätigt auch André Heller: „Jede Kollegin und jeder Kollege kann dazu beitragen, den Neuen den Einstieg zu erleichtern.“

Die Ausbildungsinitiative wird die Bundespolizei auch in den kommenden Jahren prägen. Umso wichtiger ist es, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur fachlich auszubilden, sondern ihnen auch den Start in die künftige berufliche Heimat zu erleichtern. Die Erfahrungen am Flughafen Stuttgart zeigen: strukturierte Einweisungswochen, engagierte Mentorinnen und Mentoren sowie eine gelebte Willkommenskultur schaffen hierfür wichtige Voraussetzungen. ■

Text Karina Wellmann



Auf den Punkt

Damit neue Kolleginnen und Kollegen sich schnell in der Dienststelle zurechtfinden, setzt die Bundespolizeiinspektion Flughafen Stuttgart auf eine strukturierte Einarbeitung und persönliche Begleitung.

Projekt „Heimathafen“

Direkteinstieg in die Bundespolizei See

Im Jahr 2022 startete das Projekt „Heimathafen“. Bewerberinnen und Bewerber wurde damit bereits vor ihrem Einstieg in die Bundespolizei eine klare Perspektive für den späteren Dienst auf See gegeben. kompakt resümiert: Ist der neue Weg der Nachwuchsgewinnung erfolgreich?



Projekt „Heimathafen“: klare Perspektive für den späteren Dienst auf See

Das Projekt richtet sich an Bewerberinnen und Bewerber, die Interesse an einer maritimen Aufgabe der Bundespolizei haben. Die Besonderheit ist, dass sie bereits im allgemeinen Auswahlverfahren den Eignungstest für die Bundespolizei See absolvieren. Vor Beginn der Ausbildung oder des Studiums erhalten sie dann eine Zusage für ihre spätere Verwendung auf einem der sieben hochseetauglichen Einsatzschiffe oder auf einem der fünf Kontroll- und Streifenboote der Bundespolizei See. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung oder des Studiums für den Polizeivollzugsdienst schließt sich die Fortbildung für die seemännisch-nauti-

sche oder technische Verwendung an. Hierfür geht es für ein Jahr ans Maritime Schulungs- und Trainingszentrum in Neustadt in Holstein. Ist auch das gemeistert, steht die erste Verwendung an Bord an.

Bilanz

Im Jahr 2022 registrierten sich 89 Bewerberinnen und Bewerber für den „Heimathafen“. 47 von ihnen bestanden das allgemeine Auswahlverfahren für den mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst. Daran schloss sich ein maritimes Eignungs- und Feststellungsverfahren an.

22 von ihnen begannen schließlich 2023 als Anwärterinnen und Anwärter ihre Ausbildung oder ihr Studium. Zwei der Studenten wechselten im weiteren Verlauf in die Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst. Sechs der Anwärterinnen und Anwärter entschieden sich gegen die Verwendung bei der Bundespolizei See und zogen eine andere Verwendung vor.

Immerhin stehen heute – drei Jahre später – 13 Nachwuchskräfte, die 2023 eingestellt wurden für den direkten Einstieg bei der Bundespolizei See,

der ab September 2026 begann, zur Verfügung: fünf im mittleren sowie acht im gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Unter ihnen ist auch eine junge Frau, die sich bewusst für die besonderen Herausforderungen des maritimen Einsatzes entschieden hat.

Konzept mit Perspektive

Mit dem Projekt „Heimathafen“ spricht die Bundespolizei nicht nur junge Menschen an Nord- und Ostsee an. Auch aus südlicheren Regionen der Republik besteht Interesse an den Aufgaben auf See. Das Konzept verdeutlicht, dass mit klaren Perspektiven erfolgreich Nachwuchskräfte gewonnen werden können. Aufgrund der positiven Erfahrungen wird das Projekt fortgeführt. Damit bleibt auch künftig der Direkteinstieg im Anschluss an die Ausbildung oder das Studium in die Bundespolizei See möglich. ■

Text Uta Bluhm



Einsatzschiff und -boot der Bundespolizei See



Kolumne

Aus Alt mach Neu



Die Autorin (47) ist Leiterin des Ermittlungsdienstes der Bundespolizeiinspektion Berlin-Ostbahnhof und seit 2019 Redakteurin der kompakt.

Text Heike Bremer

Die Auswirkungen der Einstellungs-offensive 2016 wurden nach und nach auch in Bereichen spürbar, die bislang nicht so sehr mit Personalzuwachs gesegnet waren. Meine damalige Dienststelle durfte 2019 zum ersten Mal junge Kolleginnen und Kollegen begrüßen, die unmittelbar nach ihrer Ausbildung ihren Dienst bei uns antraten. Ich war zu dieser Zeit 40 Jahre alt und fühlte mich in Gegenwart der teilweise unter 20-Jährigen wie eine Mutter. Gelegentlich ertappte ich mich bei der Frage, ob ich mir meine eigenen Kinder in Uniform vorstellen könnte. Warum auch nicht, schließlich habe ich meine Entscheidung, bei der Bundespolizei zu arbeiten, nie bereut.

Erinnern Sie sich noch daran, wie Sie in Ihr heutiges Berufsleben gestartet sind? Ich habe von Kolleginnen und Kollegen schon viele Geschichten darüber gehört. Von denen, für die schon immer feststand, zur Polizei zu gehen, über diejenigen, die bereits in anderen Berufen gearbeitet haben, bevor sie die Uniform anzogen, bis hin zu denen, die eher zufällig zur Bundespolizei gekommen sind. Ich gehöre definitiv zur letzten Gruppe. In den 1990er-Jahren nahmen wir von der Schule aus regelmäßig an berufsorientierenden Maßnahmen teil. Dabei mussten wir immer viele Fragebögen zu unseren Fähigkeiten und Interessen ausfüllen. Diese wurden ausgewertet und auf Basis der Ergebnisse passende Berufe vorgeschlagen.

Meine Berufsvorschläge schwankten dabei stets zwischen Lehrerin und Bankkauffrau. Beides für mich unvorstellbar – sowohl damals als auch heute. Stattdessen begeisterte ich mich für ein Sozialpädagogik-Studium. Meine Eltern teilten meine Euphorie jedoch nicht. „Zufällig“ waren wir bei Bekannten eingeladen, die dieses Studium 20 Jahre zuvor abgeschlossen hatten. Sie teilten mir ihre ausreichend schlechten Erfahrungen mit und vermiest mir so den Wunsch. Der Vater einer Freundin war Polizist und als sie sich dort bewarb, tat ich es ihr gleich. Aus einer spontanen Idee wurde schließlich eine bewusste Entscheidung, die ich bis heute zufrieden trage.

Im Laufe der Jahre haben Ausbildung und Studium inhaltlich einige Veränderungen erlebt. Man passte sich stetig neuen rechtlichen Voraussetzungen an, modifizierte das Einsatztraining anhand neuester Erkenntnisse und nahm zunehmend den militärischen Schliff heraus. Die größten Veränderungen gab es aber sicherlich bei den Ausbilderinnen und Ausbildern sowie bei den Lehrkräften selbst. In meinem Studium waren es nahezu ausschließlich Männer – waschechte Haudegen. Also solche, mit viel Lebens- und Dienst erfahrung und ihre Aussagen drehten sich häufig darum, wie etwas „früher“ war oder wie man „damals“ Dinge erledigt hat. Heutzutage sind viele in diesem Bereich sehr jung. Teilweise wechseln sie sogar direkt

vom Studium in die Aus- und Fortbildungszentren. Dadurch haben sie sicherlich weniger Einsatzerfahrung, dafür aber mehr Gemeinsamkeiten mit den Anwärterinnen und Anwärtern. Die Generation Z ist in vielerlei Hinsicht anders, als wir es in dem Alter waren. Sie ist technikaffin und offen für neue Kommunikationswege. Sie stellen sich schneller auf Veränderungen ein. Oft sprechen sie mehrere Fremdsprachen und haben nach der Schule die Welt bereist. In Bezug auf das Denken, den Glauben und die Liebe sind sie freier aufgewachsen. Sie treten für ihre Rechte ein und hinterfragen vieles. Wenn sie beruflich unzufrieden sind, neigen sie eher dazu, zu kündigen, und haben nicht die Geduld, Jahre darauf zu warten, dass sich für sie alles zum Guten wendet. Sie haben die Work-Life-Balance gegen ihre eigene Life-Work-Balance getauscht. Solch ein Generationswechsel bringt mitunter Schwierigkeiten mit sich, bietet aber auch Chancen. Die Bundespolizei kann daran wachsen und zukunftsfähig werden. Die „Alten“ müssen ihr Wissen und ihre Erfahrung weitergeben und ebnen damit den Weg für die „Neuen“. Wir können dabei auf die Vermutung verzichten, früher sei alles besser gewesen, und uns lieber gemeinsam den bevorstehenden Herausforderungen stellen. ■

Jeder Aufstieg beginnt mit einem Eignungsauswahlverfahren

„Verstellt Euch nicht“

Viele Kolleginnen und Kollegen des mittleren Polizeivollzugsdienstes stehen im Laufe ihrer Karriere irgendwann vor der Frage: „Soll ich den Aufstieg als nächsten Karriereschritt wagen?“ Sebastian von den Driesch hat sich für diesen Schritt entschieden – und Ende August 2026 sein Studium erfolgreich beendet. kompakt berichtet über seine Motivation, das Eignungsauswahlverfahren und die Herausforderungen.

Nach seiner Ausbildung im Jahr 2019 begann der 33-Jährige seinen Dienst als Kontroll- und Streifenbeamter bei der Bundespolizeiinspektion Flughafen Köln/Bonn. Später wechselte er in die Öffentlichkeitsarbeit – eine Tätigkeit, die ihm völlig neue Einblicke in die Aufgaben der Bundespolizei ermöglichte. Den entscheidenden Anstoß für seinen Aufstieg gab ihm schließlich seine Vorgesetzte. Sie ermutigte ihn, sich zu bewerben. Doch zuvor mussten noch wichtige Entscheidungen gemeinsam mit seiner Familie getroffen werden.

Kein einfacher Schritt

Ein Aufstieg beeinflusst nicht nur den eigenen Berufsweg. Zweieinhalb Jahre Studium mit längeren Präsenzphasen in Brühl und Lübeck bedeuten weniger Zeit zu Hause. Das verändert auch den Alltag der Familie. Sebastian hat sich deshalb bewusst Zeit genommen, um mit seiner Familie, seinen Kolleginnen und Kollegen sowie seinen Vorgesetzten über die Chancen und Herausforderungen des Laufbahnwechsels zu sprechen. „Jedem sollte bewusst sein, was der Aufstieg für einen selbst und das Umfeld bedeutet“, sagt Sebastian. Nach sorgfältiger Abwägung überlag bei ihm der Wunsch, sich persönlich weiterzuentwickeln.

Eignungsauswahlverfahren

Mit der Entscheidung begann die Vorbereitung. Zunächst mussten einige formale Voraussetzungen erfüllt werden. Dazu gehören eine aktuelle Anlaufbeurteilung und eine Eignungsbestätigung der Vorgesetzten. Außerdem musste

Sebastian das Deutsche Sportabzeichen ablegen und einen Rettungsschwimmernachweis erbringen. Die erbrachten Sportleistungen dürfen zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht länger als zwölf Monate zurückliegen.

Den Auftakt des Eignungsauswahlverfahrens im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Swisttal bildete die Erörterung eines aktuellen politischen Themas. Wer den schriftlichen Teil besteht, wird zu einem sogenannten Assessment-Center nach Lübeck eingeladen. Dort stehen eine Gruppendiskussion, ein Kurzvortrag und ein Interview auf dem Programm. Besonders in Erinnerung geblieben ist Sebastian der Kurzvortrag. Nach 45 Minuten Vorbereitungszeit musste er zehn Minuten lang frei zum Thema

„Cyberkriminalität“ sprechen. „Hierfür sollte man im Vorfeld das freie Sprechen üben“, rät er. „Ein perfekter Vortrag wird nicht erwartet. Ein roter Faden, sicheres Auftreten und Authentizität sind viel wichtiger.“ Er selbst bereitete sich mit einer wirkungsvollen Methode vor: „Ich habe Vorträge mit einem Kollegen geübt und mich dabei gefilmt. Dadurch konnte ich mein Auftreten besser einschätzen und gezielt verbessern.“

Auch für die Gruppendiskussion und das Abschlussgespräch hat Sebastian einen Rat: „Verstellt Euch nicht. Die Kommission möchte sehen, wie Ihr als Mensch seid. Selbstsicheres Auftreten ist wichtig, aber auch, anderen zuzuhören und unterschiedliche Meinungen zu respektieren.“



Sebastian von den Driesch entschied sich bewusst für den Aufstieg



Vorlesung im Auditorium

Das Verfahren ist anspruchsvoll, aber fair. Wer sich gut vorbereitet und authentisch bleibt, hat gute Chancen.“

„Das Verfahren ist anspruchsvoll, aber fair. Wer sich gut vorbereitet und authentisch bleibt, hat gute Chancen.“

Sebastian von der Driesch

Zurück auf die Schulbank

Sebastian durchlief das Eignungsauswahlverfahren erfolgreich. Das sechsmonatige Grundstudium in Brühl fand in ziviler Kleidung statt. „Das vermittelte einem fast das Gefühl eines klassischen Hochschulstudiums“, sagt Sebastian. Nach der Zwischenprüfung folgte das Hauptstudium in Lübeck mit Praxisanteilen in den Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren sowie Praktika in den Dienststellen. Theorie und Praxis wechselten sich während des gesamten Studiums regelmäßig ab.

Nach mehreren Jahren im Polizeidienst war es für Sebastian zunächst ungewohnt, wieder regelmäßig zu lernen. Die Aufsteigerinnen und Aufsteiger profitieren allerdings von ihrer Berufserfahrung. Viele Einsatzsituationen oder der Lernstoff aus der Ausbildung lassen sich unmittelbar mit den Studieninhalten verknüpfen – das erleichtert das Verständnis. Besonders begeistert haben Sebastian Führungslehre und Psychologie. „Ich möchte später einmal eine gute Führungskraft sein“, sagt Sebastian. „Dazu gehört für mich, Verantwortung zu übernehmen und die Menschen mitzunehmen.“

Der Studienalltag ist abwechslungsreich und durchgeplant: Rechtsfächer,



Bibliothek der Hochschule des Bundes

Führungs- und Einsatzlehre wechseln sich mit Einsatztraining, Schießausbildung, Sport und Schwimmen ab. Die regelmäßige Nachbereitung der Unterrichtsinhalte sowie die Prüfungsvorbereitung verlangen Disziplin und Durchhaltevermögen.

Lohnt sich der Aufstieg?

„Diese Frage muss jeder für sich selbst beantworten“ empfiehlt Sebastian. „Fragt Euch, warum Ihr den Aufstieg machen möchtet. Wer ausschließlich finanzielle Aspekte im Blick hat, wird die Motivation für ein zweieinhalbjähriges Studium nur schwer aufrechterhalten können. Wer dagegen Verantwortung übernehmen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen und sich persönlich weiterentwickeln möchte, findet im Aufstieg die passende Möglichkeit.“

Zum Abschluss bitte ich Sebastian, seinen bisherigen Weg in drei Worten zu beschreiben. Er muss nicht lange überlegen: „Nicht immer leicht!“ Vielleicht beschreibt dies den Aufstieg am treffendsten: Er erfordert Mut, Disziplin und Ausdauer. Gleichzeitig eröffnet er neue Perspektiven – beruflich wie persönlich. Für Sebastian

steht deshalb fest: Die Entscheidung, den Schritt in den gehobenen Dienst zu wagen, würde er jederzeit wieder treffen. ■

Text Tim Kotter



Auf den Punkt

Sebastian von den Driesch hat unlängst den Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst erfolgreich abgeschlossen. Der 33-Jährige berichtet über seinen Weg zum Studium, seine Motivation und gibt Tipps zur Vorbereitung auf das Eignungsauswahlverfahren



Für Sebastian Thürrer war ein Studium nur durch zusätzliche Fernlehrezeiten möglich.

Fernlehre

Kein Studium ohne Familie

Sebastian Thürrer ist nicht nur wegen seiner 45 Lenze kein gewöhnlicher Angehöriger des 81. Studienjahrgangs der Bundespolizei. Er gehört auch einer der Gruppen des familienfreundlichen Studiums an. Diese Form des Aufstiegsverfahrens vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird seit 2023 angeboten.

Das familienfreundliche Studium ermöglicht es Kolleginnen und Kollegen, Teile des Grundstudiums sowie der Hauptstudienabschnitte als Fernstudium zu absolvieren. Der Lehrplan sieht feste Zeiträume vor, in denen die Inhalte durch Onlinevorlesungen und Selbststudium vermittelt werden. Die Studierenden erhalten hierfür Laptops

und haben somit jederzeit Zugriff auf dienstliche Inhalte. Module der praktischen Wissensvermittlung und Praktika müssen weiterhin in Präsenz absolviert werden.

Das Modell reduziert die Trennungszeiten von der Familie. Trotzdem kann es nicht allen Lebenssituationen

gerecht werden. Nicht jeder Wunsch nach einem Aufstieg in den gehobenen Dienst lässt sich damit erfüllen.

Eigeninitiative

Sebastian beispielsweise ist seit mehreren Jahren von der Mutter seiner Kinder getrennt. Das Sorgerecht und die Betreuung der drei Teenager teilen

sich die Eltern paritätisch. Bevor er in den Aufstieg startete, war Sebastian als Kontroll- und Streifenbeamter in der Bundespolizeiinspektion Leipzig tätig und betreute seine Kinder im wöchentlichen Wechsel. Da diese Aufteilung mit dem Studium nicht in Einklang zu bringen war, suchte Sebastian bereits vor der Bewerbung zum Aufstiegsverfahren das Gespräch mit seinen Kindern und deren Mutter. Es wurde ein zweiwöchiger Betreuungswechsel vereinbart. Doch auch dieser passte nicht vollständig zu den starren Zeiträumen der Fernlehre.

„Es war eine meiner letzten Chancen auf einen Laufbahnwechsel. Die wollte ich nicht verstreichen lassen.“

Sebastian Thürrer

Der Aufstieg in den gehobenen Dienst ist gemäß § 15 der Bundespolizei-Laufbahnverordnung nur bis zum 50. Lebensjahr zulässig. Sebastian sagt in diesem Zusammenhang: „Es war eine meiner letzten Chancen auf einen Laufbahnwechsel. Die wollte ich nicht verstreichen lassen.“ Daher nahm er noch vor Beginn des Grundstudiums Kontakt mit dem Dekan der Hochschule des Bundes in Brühl auf und schilderte ihm seine Situation. Kurz vor Beginn des Studiums erhielt er schließlich die Zusage, dass er zusätzliche Zeiträume – abgestimmt auf die Betreuung seiner Kinder – in Fernlehre absolvieren kann. Sebastian berichtet: „Der Dekan rief mich an und teilte mir die Entscheidung mit, zugleich forderte er von mir höchste Motivation und Selbstständigkeit.“

Diese zeigte Sebastian, sodass er das Grundstudium erfolgreich abschloss. Im Gespräch mit ihm wird deutlich, dass er keineswegs davon ausgeht, im Rahmen des familienfreundlichen Studiums ein uneingeschränktes Entgegenkommen der Hochschule erwarten zu können. Ihm ist bewusst, dass auch er Flexibilität zum Gelingen des Vorhabens aufbringen muss. So konnte er den ersten Hauptstudienabschnitt in Lübeck nur absolvieren, weil er in Abstimmung mit seiner Familie die Betreuung der Kinder auf einen ungleichmäßigen Rhythmus umstellte.

Im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Oerlenbach wurde aufgrund seiner speziellen familiären Situation eine Ausnahme vom Grundsatz der Präsenzpflcht gemacht. Ihm wurden zusätzliche Fernlehrezeiten eingeräumt, in denen er im Selbststudium lernte und mittels Livestream am Unterricht teilnahm. Sebastian erklärt: „Mir ist bewusst, dass dies eine absolute Ausnahme – nur für mich und meine Situation – war. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen in Oerlenbach sehr dankbar. Besonders, weil sie auch bei der Planung der praktischen Ausbildungsinhalte Rücksicht auf mich genommen und diese Inhalte in die Wochen gelegt haben, in denen ich vor Ort war.“

Motivation

Dass Fernlehre kein bequemes Lernen auf der Couch bedeutet, wird im Gespräch mit Sebastian ebenfalls deutlich. „Ich bin ja zu Hause, weil ich in dieser Zeit meine Kinder betreue.“ Neben den üblichen Fahrdiensten und der Unterstützung bei den Hausaufgaben heißt das auch, bei Sorgen und Nöten da zu sein. Dabei bedarf der jüngste Sohn aufgrund einer Autismus-Spektrum-Störung besonderer Aufmerksamkeit. Sebastians Lernphasen beschränken sich auf die Zeiten, in denen die Kinder in der Schule sind. Sein Unterrichtsstoff ist jedoch exakt derselbe wie der in Präsenz Studierenden an der Hochschule. Er muss daher besonders effizient lernen – ein entspanntes Studentenleben ist das nicht. Sebastians Ausspruch ist nachvollziehbar: „Um das zu wollen,

muss man besonders motiviert sein.“ Neben dieser Motivation sind eine stark ausgeprägte Selbstorganisation, entgegenkommende Vorgesetzte und vor allem der Rückhalt seiner Familie der Schlüssel zur Verwirklichung seines Traums vom Aufstieg.

In solch fragilen Konstellationen kann schon eine minimale Störung zum Zusammenbruch des Gesamtgefüges führen. Sebastian betont immer wieder, dass er „auf Sicht“ plane und vor jedem Modul erneut prüfe, ob die Rahmenbedingungen noch passen. „Mir ist wichtig, dass meine Kinder unter meinem Vorhaben nicht leiden. Wenn ich bei ihnen Signale wahrnehme, dass es nicht mehr passt, breche ich ab“, stellt Sebastian klar.

Wenn es weiterhin passt, wird er das Studium im August 2027 abschließen und einen Dienstposten im Bundespolizeirevier Halle (Saale) antreten. Bis dahin wird er weiterhin sein Bestes geben, um Familie und Studium im Einklang zu halten. ■

Text **Marcus Büchner**



Auf den Punkt

Das familienfreundliche Studium für den Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird ermöglicht durch Fernlehre-Anteile und einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Trotzdem ist es nicht mit jeder Lebenssituation in Einklang zu bringen. Eine hohe Motivation und Flexibilität der Studierenden sind in jedem Fall unabdingbar.

Zurück auf die Schulbank

Verkürzter Aufstieg

Julia ist Kontroll- und Streifenbeamtin in Berlin und hat Anfang 2026 den sechsmonatigen Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst absolviert. Im Gespräch mit kompakt berichtet die 36-jährige Mutter von zwei Kindern im Alter von drei und acht Jahren über die Herausforderungen, mit denen dieses Vorhaben verbunden war.



Die Autorin im Gespräch mit Julia

Warum hast Du Dich bei der Bundespolizei beworben und wo waren Deine ersten Stationen?

Ich wollte einen Beruf wählen, der abwechslungsreich ist und mir verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten bietet. 2008 habe ich direkt nach der Schule meine Ausbildung bei der Bundespolizei begonnen. Anschließend war ich vier Jahre lang Kontroll- und Streifenbeamtin am Flughafen München. Nach meinem Wechsel nach Berlin war ich einige Zeit im Bundespolizeirevier Friedrichstraße eingesetzt. Seit 2019 bin ich im Revier Lichtenberg.

Was hat Dich dazu bewogen, den Aufstieg in den gehobenen Dienst zu machen?

In den vergangenen Jahren habe ich gelegentlich Führungsaufgaben übernommen. Dabei habe ich festgestellt, dass es mir Spaß macht, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen. Die Bundespolizei bietet gute Möglichkeiten, sich fachlich fortzubilden, persönlich voranzukommen und später auch mehr Verantwortung zu übernehmen. Im gehobenen Dienst sehe ich auch mehr Chancen, um mich

weiterzuentwickeln. Gegen den Aufstieg sprachen jedoch die Herausforderungen rund um die Betreuung der Kinder. Wir haben keine Familie in der Nähe, die uns unterstützen kann. Überzeugt hat mich schließlich, dass der verkürzte Aufstieg mit E-Learning-Anteilen – also Lernen mit Unterstützung durch digitale Medien – angeboten wurde. So war das Vorhaben für meinen Mann und mich realisierbar.

Wie lief die Bewerbung ab?

Zunächst musste ich mir darüber Gedanken machen, auf welche Stelle ich mich bewerben möchte und eine Prioritätenliste erstellen. Somit bestand für mich Klarheit, wie es nach dem Aufstieg weitergeht. Für die Bewerbung legte ich das Rettungsschwimmabzeichen und das Deutsche Sportabzeichen ab. Einige Wochen später wurde ich zu dem schriftlichen Test zugelassen. Das war ein allgemeiner Intelligenztest. Es gab nur einen Termin, ohne Alternativen. Ehrlicherweise habe ich dafür nicht gelernt, da ich nicht genau wusste, was auf mich zukommt. Nachdem ich den schriftlichen Teil bestanden hatte, wurde ich einige Wochen danach zum Auswahlgespräch eingeladen. Darauf habe ich mich vorbereitet, immer Nachrichten verfolgt und mich mit aktuellen Themen auseinandergesetzt. Außerdem habe ich mein rechtliches Wissen aufgefrischt – beispielsweise Neuerungen im Ausländerrecht und mögliche Änderungen im Zusammenhang mit dem neuen Bundespolizeigesetz.

Welche Vorbereitungen musstest Du vor Beginn des Aufstiegs treffen?

Dienstlich musste ich nur von meiner Teilzeitbeschäftigung auf Vollzeit wechseln. Im Privaten gab es ein paar

mehr Dinge zu klären. Mein Mann ist auch Bundespolizist und als Kontroll- und Streifenbeamter im Schichtdienst tätig. Er wechselte vorübergehend in den Tagesdienst und reduzierte seine Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche. Wenn man den Fahrtweg von der Arbeit nach Hause berücksichtigt, wäre es ihm sonst nicht möglich gewesen, die Kinder rechtzeitig aus der Schule und der Kita abzuholen. Dort habe ich Bescheid gegeben, dass ich für vier Monate in Bamberg und daher nicht der erste Notfallkontakt bin – beispielsweise, wenn die Kinder vorzeitig abgeholt werden mussten – sondern mein Mann.

Wie waren Deine ersten Eindrücke und was hat Dir am meisten Spaß gemacht?

In den ersten vier Wochen hatten wir von Montag bis Freitag von 7:15 bis 16:30 Uhr Unterricht. Danach konnten wir dank der E-Learning-Anteile oft freitags ins Homeschooling wechseln und mussten somit nicht die ganze Woche vor Ort bleiben. Am meisten hat mich überrascht, wie anstrengend es ist, im Tagesdienst zu sein. Seit dem Ende meiner Ausbildung hatte ich immer nur im Schichtdienst gearbeitet. Den ganzen Tag Unterricht zu haben, kann sehr ermüdend sein – obwohl man sich nicht besonders körperlich betätigt.

Die beiden vierwöchigen Praktika haben mir am meisten Spaß gemacht. Ich habe Einblicke in Bereiche bekommen, mit denen ich zuvor noch keine Berührungspunkte hatte.

Gab es während des Aufstiegs Hürden?

In den Wintermonaten, zu Beginn des Aufstiegs, waren meine Kinder häufig

krank. Ab und zu musste ich Sonderurlaub nehmen, wenn mein Mann die Betreuung nicht gewährleisten konnte. Was ich dann im Unterricht verpasst habe, musste ich natürlich aufarbeiten. Das war schon teilweise sehr herausfordernd. An den Tagen, an denen ich zu Hause war, bin ich ohnehin nicht oder nur kaum zum Lernen gekommen. Da war es auch ungünstig, dass die Prüfung direkt nach den beiden Praktika stattfand. In meiner Zeit in Bamberg war ich ständig in Gedanken bei meiner Familie. Abends habe ich dann mit Videoanrufen meinen großen Sohn bei den Hausaufgaben unterstützt, während mein Mann den Kleinen ins Bett brachte. Insgesamt hat das familienfreundliche Studium mir aber sehr geholfen, alles unter einen Hut zu bekommen. Während der Osterferien waren wir beispielsweise zwei Wochen lang im Homeschooling. Häufig gab es eine viertägige Präsenzwoche gelegentlich waren wir auch nur drei Tage in

Bamberg. Für mich war der Präsenzunterricht aber insofern besser, da ich mir Dinge leichter merken kann, wenn ich sie höre.

Wie funktioniert die Verbindung zwischen Theorie und Praxis?

Kriminalistik und Einsatzrecht aus dem Unterricht kann gut in der Praxis angewendet werden. Einsatzlehre ist teilweise schon sehr theoretisch. Wer bereits viele Jahre operativ gearbeitet hat, kann nach meiner Einschätzung aus diesem Fach nicht mehr viel für die spätere Praxis mitnehmen.

Wie war der Zusammenhalt?

Der verkürzte Aufstieg ist ja eher für die „Älteren“ gedacht. Ich hatte daher viele Kolleginnen und Kollegen um mich herum, die sowohl dienstlich als auch privat erfahren sind. Die Atmosphäre war sehr locker und angenehm. Mir hat gefallen, dass sich alle gegenseitig unterstützt und

gemeinsam Lösungswege erarbeitet haben. Alle haben unterschiedliche Stärken und Erfahrungen eingebracht, wodurch wir voneinander lernen konnten.

Würdest Du den Aufstieg weiterempfehlen?

Ja, all denen, die sich beruflich weiterentwickeln wollen und mehr Verantwortung übernehmen möchten. Sechs Monate sind ein überschaubarer Zeitraum und dank der E-Learning-Anteile auch für Mütter realisierbar. ■

Das Interview führte
Heike Bremer.



Karikatur



Sascha Günther

Im Überblick

Aufstiegsverfahren

AUFSTIEG IN DEN HÖHEREN VERWALTUNGSDIENST

AUFSTIEG NACH §§ 43, 44 BLV ¹	
VORAUSSETZUNG	
- Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes - bei Ablauf der Ausschreibungsfrist darf das 58. Lebensjahr noch nicht vollendet sein - abgeschlossene laufbahnrechtliche Probezeit - Bewährung in einer Dienstzeit von mindestens 3 Jahren nach abgeschlossener laufbahnrechtlicher Probezeit - Abschluss gemäß § 4 der Verordnung über den Aufstieg in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes über das Studium „Master of Public Administration“ an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	
EIGNUNGS-AUSWAHLVERFAHREN	
SCHRIFTLICHER TEIL - Erstellung einer Leitungsvorlage oder Fachaufgabe – 180 Minuten - Bearbeitung einer Fachaufgabe oder Postkorbübung – 90 Minuten - kognitive Aufgabe zur Feststellung der Methodenkompetenz – 45 Minuten - kognitive Aufgabe zur Feststellung der Führungsfähigkeit	MÜNDLICHER TEIL - Selbstpräsentation - Gruppendiskussion - Rollenspiel - Interview
ABLAUF	
Fakultatives Propädeutikum (Vorsemester) Basis- und Aufbau module (1. und 2. Semester) 1 und 2 – Staat und Politik 3 und 4 – allgemeines Verwaltungshandeln 5 und 6 – Personalwesen 7 und 8 – finanzielles Verwaltungshandeln Vier Schwerpunktmodule (3. und 4. Semester) – von den Studierenden mit der Entsendebehörde abgestimmt, unter anderem: - globale Struktur- und Ordnungspolitik - Gesetzgebung und Gesetzgebungslehre - Projektmanagement in der öffentlichen Verwaltung	- Personalentwicklung in der Bundesverwaltung - Kommunikation als Führungsinstrument in der Bundesverwaltung - Vertiefung des Haushalts- und Zuwendungsrechts - Public Management: Controlling und Kostenrechnung - IT-Management - Vertiefung zur digitalen Transformation - Data Science and Big Data - Informationssicherheit Mastermodul - Masterarbeit (5. Semester)
QUALIFIKATION	
Laufbahnbefähigung für den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst	

¹ Verordnung über die Laufbahnen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten.

² Für Präsenzveranstaltungen, die Teilnahme an Prüfungen und weitere Anwesenheitspflichten sind die Studierenden von ihren sonstigen Dienstpflichten freigestellt – für Fern- und Selbststudium wird eine Dienstbefreiung von 47 Arbeitstagen pro Studienabschnitt gewährt.

³ Mit Beginn des Praktikum I, Umsetzung/Abordnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihre künftigen Dienststellen.

AUFSTIEG IN DEN GEHOBENEN VERWALTUNGSDIENST

FERNSTUDIUM NACH § 43 BLV ¹	PRÄSENZSTUDIUM NACH § 43 BLV ¹	FACHSPEZIFISCHE QUALIFIZIE- RUNG NACH § 46 BLV ¹
VORAUSSETZUNG		
BEAMTINNEN UND BEAMTE - nach Ablauf der beamtenrechtlichen Probezeit in einer Dienstzeit von mindestens 3 Jahren bis zum Beginn des Auswahlverfahrens bewährt - bei Ablauf der Ausschreibungsfrist das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet		BEAMTINNEN UND BEAMTE - nach Ablauf der beamtenrechtli- chen Probezeit in einer Dienstzeit von mindestens 3 Jahren bis zum Beginn des Auswahlverfahrens bewährt - bei Ablauf der Ausschreibungsfrist das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet - bei Ablauf der Ausschreibungs- frist das erste Beförderungsam erreicht
TARIFBESCHÄFTIGTE - bei Beginn des Auswahlverfahrens mindestens 3 Jahre in der Entgelt- gruppe 5 des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst grundeingruppiert - Fachhochschulreife, Abitur oder eine andere Hochschulzugangs- berechtigung oder - mindestens zweijährige Berufsausbildung und dreijährige berufliche Tätigkeit in einem der Ausbildung fachlich entsprechenden Beruf - klassische Berufsabschlüsse sind „Fachangestellte für Bürokommunikation“ und „Verwaltungsfachangestellte“ – Einzelfallprüfung bei anderen Abschlüssen - nach Abschluss des Studiums das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet, sofern eine anschließende Verbeamtung angestrebt wird		
EIGNUNGS-AUSWAHLVERFAHREN		
SCHRIFTLICHER TEIL dreiteiliges Online-Testverfahren unter Federführung des Bundesverwaltungsamtes – das Bestehen ist Voraussetzung für die Einladung zum mündlichen Auswahlverfahren		
MÜNDLICHER TEIL Kurzpräsentation (Vortrag) und Vorstellungsgespräch (Interview)		
ABLAUF		
- ausschließlich in Vollzeit - Präsenz- und Fernstudienphasen im Wechsel² 12 Monate Grundstudium, die Studierenden verbleiben an ihrem bisherigen Arbeitsplatz 9 Monate Praktikum I – innere Verwaltung³ 9 Monate Praktikum II – allgemeine Verwaltung 6 Wochen Diplomarbeit	- ausschließlich in Vollzeit 24 Monate – fachtheoretische Studienabschnitte 12 Monate – Praktika und praxis- bezogene Lehrveranstaltungen in verschiedenen Bundesbehörden	8 Module fachtheoretische Aus- bildung – Leistungsnachweise am Ende eines jeden Moduls 6 Monate – berufspraktische Ein- führung auf dem Zieldienstposten 4 Monate – Präsenzstudium 12 Monate – Praxiseinsatz 2 Monate – Präsenzstudium Die fachspezifische Qualifizierung stellt die Hochschule des Bundes fest.
QUALIFIKATION		
Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst		
ZUSATZINFO		
Tarifbeschäftigte können durch das erfolgreiche Abschließen des Diplomstudiengangs – anders als Beamtinnen und Beamte – die Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst erst im Zusammenhang mit einer Über- nahme in das Beamtenverhältnis durch gesonderte Anerkennung erwerben. Der erfolgreiche Abschluss des Studiengangs begründet keinen Anspruch auf Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit und einer damit verbundenen Höhergruppierung.		

AUFSTIEG IN DEN HÖHEREN POLIZEIVOLLZUGSDIENST

REGELAUFSTIEG NACH § 15 BPolIV¹	AUFSTIEG NACH § 9 BPolIV¹
VORAUSSETZUNG	
• erfolgreiche Teilnahme am Eignungsauswahlverfahren • 3 Jahre Bewährung im gehobenen Polizeivollzugsdienst • Beginn des Aufstiegs vor Vollendung des 45. Lebensjahres • mindestens 2 Verwendungen im gehobenen Polizeivollzugsdienst gemäß Rahmenkonzeption für die Personalentwicklung der Bundespolizei • mindestens 1 durchgängige Führungsverwendung von insgesamt 1 Jahr ab der Ebene der stellvertretenden Dienstgruppenleitung oder Hundertschaftsführung • unbegrenzte Ämterreichweite im gehobenen Polizeivollzugsdienst	• Polizeivollzugsbeamtin oder -beamter des mittleren oder gehobenen Polizeivollzugsdienstes der Bundespolizei • abgeschlossene Hochschulausbildung • Masterabschluss (oder vergleichbar) oder • abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften mit 1. Staatsexamen
ZULASSUNG	
• Prognose über Aufstiegseignung durch verantwortliche Erst- und Zweitbeurteilerinnen oder -beurteiler sowie die zuständige Präsidentin oder den zuständigen Präsidenten • Deutsches Sportabzeichen oder Leistungen gemäß Konzeption „Polizeisport in der Bundespolizei“ oder Europäisches Polizeileistungssportabzeichen – nicht älter als 12 Monate vor Bewerbung	
EIGNUNGS-AUSWAHLVERFAHREN	
• Diskurs über ein aktuelles, gesellschaftlich relevantes Problem mit sicherheitspolitischen und polizeifachlichen Bezügen – Bearbeitungszeit: 240 Minuten • Fremdsprachentest • Simulation einer Problemlösung basierend auf einer aktuellen Problemstellung aus dem operativen und/oder administrativen Aufgabenbereich der Bundespolizei – Vorbereitung: 60 Minuten, Lagebewältigung: 180 Minuten • Vortrag über ein aktuelles Thema – Vorbereitung: 60 Minuten, Vortrag: 15 Minuten • multimodales Interview zu berufsspezifischen Frage- und Problemstellungen – Dauer: mindestens 30 Minuten • Gruppenaufgabe oder Rollenspiele zu einem aktuellen Thema aus den Problemfeldern Führung und Einsatz in der Bundespolizei – Dauer: mindestens 30 Minuten	
ABLAUF	
▶ 4 Wochen Studieneingangsphase an der DHPol² ▶ 3 Wochen dezentrales Studium beim Bundeskriminalamt ▶ 15 Wochen dezentrales Studium an der Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei ▶ 14 Wochen dezentrales Studium beim Bundeskriminalamt ▶ 3 Wochen Präsenzphase an der DHPol² ▶ 6 Wochen dezentrales Studium beim Bundeskriminalamt	▶ 15 Wochen dezentrales Studium an der Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei ▶ 1 Woche Auslandsstudienfahrt ▶ 41 Wochen Studium an der DHPol² ▶ 3 Wochen Wahlpflichtbereich ▶ 1 Woche Studium an der DHPol²
QUALIFIKATION	
Volle Ämterreichweite für den höheren Polizeivollzugsdienst	
ZUSATZINFO	
Der verkürzte Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst gemäß § 17 BPolIV¹ wird derzeit nicht angeboten. Alle Aufstiegsverfahren in den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst werden auch als familienfreundliche Variante angeboten.	

¹ Verordnung über die Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei.

² Deutsche Hochschule der Polizei.

AUFSTIEG IN DEN GEHOBENEN POLIZEIVOLLZUGSDIENST

REGELAUFSTIEG NACH § 15 BPolIV¹	VERKÜRZTER AUFSTIEG NACH § 16 BPolIV¹
VORAUSSETZUNG	
• erfolgreiche Teilnahme am Eignungsauswahlverfahren • 3 Jahre Bewährung im mittleren Polizeivollzugsdienst • Beginn des Aufstiegs vor Vollendung des 50. Lebensjahres • Beamtin oder Beamter auf Lebenszeit	• erfolgreiche Teilnahme am Eignungsauswahlverfahren • 10 Jahre Bewährung im mittleren Polizeivollzugsdienst, davon 3 Jahre im Amt als Polizeihauptmeisterin/-hauptmeister bewährt • Beginn des Aufstiegs vor Vollendung des 57. Lebensjahres • letzten beiden Beurteilungen überdurchschnittlich
ZULASSUNG	
• Prognose über die Aufstiegseignung durch verantwortliche Erst- und Zweitbeurteilerinnen oder -beurteiler • Deutsches Sportabzeichen oder Leistungen gemäß der Konzeption „Polizeisport in der Bundespolizei“ oder Europäisches Polizeileistungssportabzeichen – nicht älter als 12 Monate vor Bewerbung • Deutsches Rettungsschwimmbabzeichen – nicht älter als 12 Monate	
EIGNUNGS-AUSWAHLVERFAHREN	
SCHRIFTLICHER TEIL • Klausur über ein aktuelles, gesellschaftlich relevantes Problem mit sicherheitspolitischen und polizeifachlichen Bezügen – Bearbeitungszeit: 120 Minuten MÜNDLICHER TEIL • Gruppendiskussion oder Rollenspiele zu einem aktuellen Thema aus den Problemfeldern Führung und Einsatz in der Bundespolizei – Dauer: 30 Minuten • Vortrag über ein aktuelles Thema – Vorbereitung: 45 Minuten, Vortrag: 10 Minuten • multimodales Interview in Form von Einzelaufgaben zu berufsspezifischen Frage- und Problemstellungen – Dauer: 30 Minuten	• schriftlicher Teil durch Leistungsprüfsystem 2; Test der kognitiven Leistungsfähigkeit von 11 Untertests – Bearbeitungszeit: 60 Minuten • persönliche Auswahlvorstellung mittels halbstandardisierten Interviews – Dauer: mindestens 30 Minuten
ABLAUF	
▶ 6 Monate – Grundstudium ▶ 4 Monate – Hauptstudium I ▶ 2 Monate – Praxisbezogene Lehrveranstaltung II ▶ 2 Monate – Praktische Verwendung im Kontroll- und Streifendienst ▶ 4 Monate – Hauptstudium II ▶ 4 Monate – Praktische Verwendung als Gruppenleiterin oder -leiter beziehungsweise Gruppenführerin oder -führer ▶ 4 Monate – Hauptstudium III	▶ 17 Wochen theoretische Ausbildung – grundlegende Fachkenntnisse für den Schnittbereich mittlerer/ gehobener Polizeivollzugsdienst ▶ 4 Wochen Praktikum im Kontroll- und Streifendienst in einer Schwerpunktaufgabe der Bundespolizei, in der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bisher nicht oder nicht zuletzt tätig waren ▶ 4 Wochen Praktikum – im Ermittlungsdienst oder als Sachbearbeiterin oder Sachbearbeiter ▶ 26. Woche – Prüfung
QUALIFIKATION	
Volle Ämterreichweite für den gehobenen Polizeivollzugsdienst	Eingeschränkte Ämterreichweite für den gehobenen Polizeivollzugsdienst
• ab mittlerer Führungsebene – Zugführerin oder -führer und Dienstgruppenleiterin oder -leiter – Verwendungslehrgang erforderlich	• keine Führungsverantwortung vorgesehen



Gesund, sicher und einsatzbereit

Polizeiärztlicher Dienst der Bundespolizei See

Arbeiten, wo andere Urlaub machen? Für die Beschäftigten der Bundespolizei See bedeutet die Küste vor allem eines: außergewöhnliche Einsatzbedingungen. Dies gilt auch für den Polizeiärztlichen Dienst (PÄD) der Bundespolizei See. Egal ob Tauglichkeitsuntersuchungen, medizinische Betreuung oder die Besonderheiten maritimer Einsatzlagen – das alles gehört zu seinen Aufgaben.

Ich bin zu Gast in Neustadt in Holstein. Hier liegt der Hauptsitz des PÄD See. Das Gebäude – erst kürzlich aufwändig renoviert – erinnert an eine klassische Arztpraxis. Ich trete durch die Tür und stehe vor einem modernen Empfangstresen. Dort begrüßt mich die verantwortliche Ärztin, Medizinaldirektorin Dr. Birthe Wehde. Sie stellt mir heute ihre Arbeit und das Team vor.

Birthe, wie bist Du zum PÄD See gekommen?

Nach meiner Schulzeit kam ich über eine Ausbildung zur Arzthelferin zum Medizinstudium nach Hamburg. Danach war ich in der Anästhesie tätig und habe einen Teil meiner Facharztausbildung in Dänemark absolviert. Die dortige Arbeitskultur hat mich sehr geprägt: flache Hierarchien, gute Fehlerkultur und ein

starkes Miteinander. Zurück in Deutschland wollte ich nicht mehr dauerhaft im klassischen Krankenhausbetrieb arbeiten und habe mich beruflich neu orientiert. Ich erhielt die Möglichkeit, beim PÄD zu hospitieren – das Arbeitsumfeld hat mich sofort angesprochen. Wenig später wurde die Stelle als Leiterin des PÄD See in Neustadt in Holstein frei – und ich habe mich beworben.

Wie sieht Dein Arbeitsalltag aus?

Einen klassischen Alltag gibt es nicht. Der PÄD See vereint unterschiedliche Aufgaben wie arbeitsmedizinische Untersuchungen, einsatzmedizinische Tätigkeiten und Leitungsangelegenheiten. Einen Großteil der Arbeit machen Seetauglichkeitsuntersuchungen aus. Die Beschäftigten der Bundespolizei See werden regelmäßig untersucht. Dazu gehören Belastungs-Elektrokardiogramme, Lungenfunktions- sowie Hör- und Sehtests. Wir überprüfen, ob jemand gesundheitlich in der Lage ist, den besonderen Bedingungen auf See standzuhalten. Wir sichern außerdem Tauchvorhaben und Einsätze medizinisch ab und beraten Führungskräfte bei medizinischen Fragestellungen.

Worin liegt der Unterschied zum „klassischen“ PÄD?

Die besonderen Einsatzbedingungen auf See machen den Unterschied. Auf einem Schiff gibt es keine Klinik „um die Ecke“. Wenn auf Nord- oder Ostsee etwas passiert, spielen Zeit, Wetter und Transportmöglichkeiten eine enorme Rolle, da eine Rettungskette wie an Land nicht existiert. Gerade bei längeren Einsätzen müssen die Besatzungen medizinisch möglichst autark handeln können. Deshalb gibt es auf den Schiffen eine umfangreiche medizinische Ausstattung sowie speziell geschulte Kolleginnen und Kollegen. Die Kommandanten und ihre Vertreter nehmen regelmäßig an Medico¹-Lehrgängen

teil, um eine medizinische Erstversorgung sicherstellen zu können.

Zusätzlich arbeiten die Besatzungen im Notfall eng mit dem funkärztlichen Beratungsdienst Cuxhaven (Medico Cuxhaven) zusammen. Über Telemedizin können sich Besatzungen damit Unterstützung vom Festland holen und medizinische Maßnahmen unter ärztlicher Anleitung durchführen. Die Apotheke an Bord ist bei allen Schiffen unter deutscher Flagge identisch bestückt. Dadurch ist eine

¹ Form der telemedizinischen Unterstützung auf See, bei der unter Anleitung eines Arztes an Land medizinische Maßnahmen durch die Besatzung durchgeführt werden.



Dr. Birthe Wehde vor einem Einsatzschiff



Stets ein freundlicher Empfang – Kollege meldet sich zur Untersuchung



Der bordeigene Operationsraum während einer gemeinsamen Übung mit verschiedenen Spezialkräften

effiziente und zielgerichtete Behandlung aus der Ferne möglich.

Welche Rolle spielt die Einsatzmedizin?

Sie gewinnt zunehmend an Bedeutung. Unsere Polizeisanitäterinnen und -sanitäter und ich begleiten beispielsweise Taucheinsätze oder besondere Lagen auf See. Dabei müssen wir uns immer auf unterschiedliche Szenarien vorbereiten. Ein medizinischer Notfall auf See unterscheidet sich erheblich von einem Einsatz an Land. Wenn ein Hubschrauber wetterbedingt nicht fliegen kann, müssen Verletzte unter Umständen viele Stunden an Bord versorgt werden.

Gibt es dafür besondere medizinische Ausstattung?

Ja. Alle größeren Einsatzschiffe verfügen über ein Bordhospital mit umfangreicher medizinischer Ausstattung. Auf den Schiffen der Potsdam-Klasse besteht sogar die Möglichkeit, einen Operationsbereich einzurichten.



Medizinische Bestände werden regelmäßig geprüft.

Wie ist der PÄD See personell aufgestellt?

Wir arbeiten standortübergreifend von Neustadt in Holstein, Cuxhaven und Warnemünde aus. Das Team besteht aus medizinischen Fachangestellten, Polizeisanitäterinnen und -sanitätern und ärztlichem Personal. Die Anforderungen an uns wachsen jedoch stetig – insbesondere in der Einsatzmedizin. Gleichzeitig ist es nicht einfach, medizinisches Fachpersonal zu gewinnen, da viele Menschen gar nicht wissen, dass es diese Tätigkeit bei der Bundespolizei gibt.

Welche Qualifikationen werden für den PÄD See benötigt?

Idealerweise sind die Interessierten schon Notfall- oder Rettungssanitäterinnen oder -sanitäter. Für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ist eine Bewerbung auch ohne Vorerfahrung möglich. Sie müssen vor einer Verwendung jedoch allgemeine medizinische Qualifikationen erwerben. Dafür steht der Bundespolizei eine eigene Schule für Rettungssanitäterinnen und -sanitäter in der Bundespolizeiakademie zur Verfügung. Für den PÄD See sind zudem spezielle Lehrgänge, wie beispielsweise Tauchsanitätsausbildungen, Überlebensstrainings auf See oder die Ausbildung zum „Maritime Air-Rescue-Specialist“ erforderlich. Dabei wird das Abseilen aus einem Helikopter auf hoher See sowie die Aufnahme von Patientinnen und Patienten mit der Seilwinde erlernt.

Welches Erlebnis hat Dich bislang am stärksten geprägt?

Besonders eindrucksvoll war ein gemeinsamer Einsatz der Bundespolizei mit dem Havariekommando. Dabei wurde ich mittels Hubschrauber auf ein ausländisches Schiff abgeseilt, um dort die medizinische Versorgung der Besatzungsmitglieder zu unterstützen. In solchen Momenten wird einem bewusst, wie außergewöhnlich diese Arbeit ist.

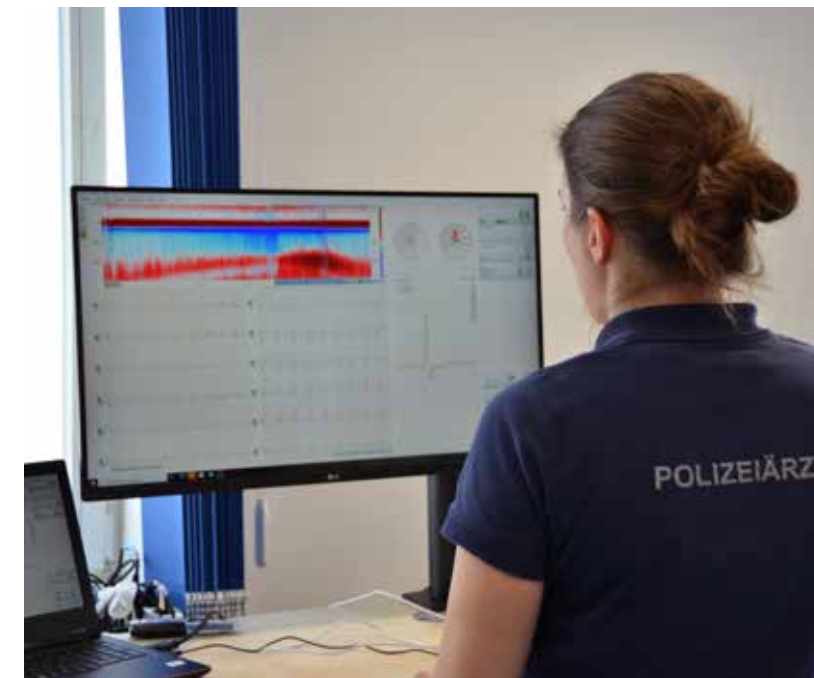
Welche Herausforderungen siehst Du für die Zukunft?

Die Sicherheitslage auf See verändert sich spürbar. Dadurch wächst der einsatzmedizinische Anteil unserer Arbeit. Die Anforderungen an die medizinische Versorgung unter maritimen Bedingungen steigen – ebenso das zu erwartende Verletzungsmuster. Mein Anspruch ist es, dass wir die Kolleginnen und Kollegen auf See bestmöglich medizinisch versorgen können – auch unter schwierigen Bedingungen und in komplexen Einsatzlagen.

Nach dem Interview darf ich Birthe ins Behandlungszimmer begleiten. Hier findet gerade der letzte Teil einer Seediensstauglichkeitsuntersuchung eines Kollegen statt. Während unseres Gesprächs wurde dem Kollegen bereits Blut abgenommen, ein Hör- und Sehtest durchgeführt sowie die Lungenfunktion geprüft. Nun geht es für



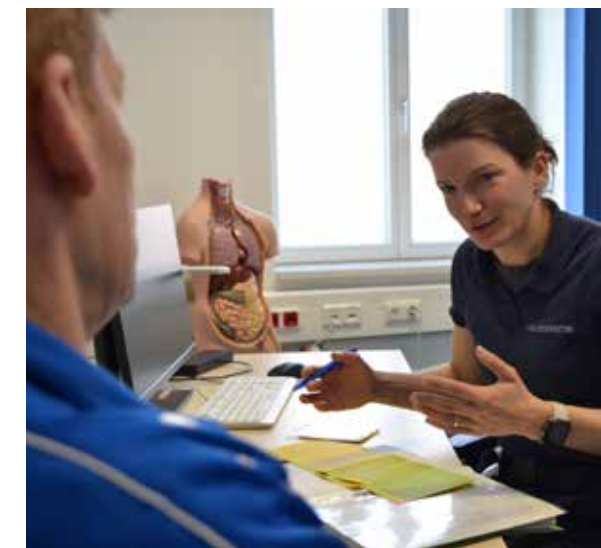
Belastungs-EKG – ein Bestandteil zur Feststellung der Seetauglichkeit



Als Ärztin überwacht Birthe die Werte bei der Untersuchung.



Große Auswahl an „Tapferkeitspflastern“



Dr. Birthe Wehde im Abschlussgespräch

den Kollegen auf das Ergometer. Birthe und ihr Team beobachten ihn und seine Werte auf dem Bildschirm genau.

Da keine Auffälligkeiten festgestellt werden, folgt anschließend das ärztliche Abschlussgespräch. Da der Kollege künftig an Auslandseinsätzen teilnimmt, müssen zum Schluss noch einige Impfungen aufgefrischt werden.

Nun darf er sich ein Pflaster aussuchen. Zur Auswahl stehen Motive wie Piraten, Dinos und Einhörner. Humor

fehlt hier definitiv nicht und die Pflaster werden regelrecht eingefordert, erzählt man mir. ■

Das Interview führte
Calvin Janovsky-Lauscher.



Auf den Punkt

Dr. Birthe Wehde ist Leiterin des Polizeiärztlichen Dienstes der Bundespolizei See. Im Gespräch mit **kompakt** gibt sie Einblicke in ihre Aufgaben und die Besonderheiten des maritimen Einsatzraumes.



Bilderstrecke

Einsatzküche

Autark, leistungsstark und flexibel: Die neuen Einsatzküchen der Bundesbereitschaftspolizei kombinieren moderne Kochgeräte mit einem innovativen Wechselladersystem. Bis zu 500 Einsatzkräfte können damit versorgt werden – bei Bedarf auch ohne eine externe Stromversorgung. Im Vergleich zu ihren Vorgängern bieten die Küchen deutlich mehr Platz und verfügen über integrierte Lager- und Kühlmöglichkeiten.



Wechselladersystem: Mittels eines hydraulischen Hebesystems wird der Container auf das Fahrzeug gehoben.



Beim Abladen kommt es auf die richtige Position an, um beide Ladungsträger miteinander verbinden zu können. Das Transportfahrzeug kann anschließend für andere Aufgaben genutzt werden.



Die Einrichtung der Einsatzküche besteht aus Druckkochkesseln, einem Bratkochgerät mit 80 Litern Fassungsvermögen und zwei Kombidämpfern.



Eine Klimaanlage sorgt für angenehme Temperaturen in der Einsatzküche (Kühlleistung maximal 5 600 Watt, Heizleistung maximal 7 500 Watt).



Deutlich mehr Platz bieten das große Trockenregallager und die zwei Kühlschränke mit je 700 Litern Fassungsvermögen und einer Kühlleistung bis minus 20 Grad. In maximal 18 Thermoporten können fertige Speisen warmgehalten und transportiert werden.



Luana Lubs mit dem Jubiläumskalender



Ivonne und Frank Lubs beim Einsatz zum 1. Mai 2002 in Göttingen

75 Jahre Bundespolizei

Die Frau vom Kalenderblatt

Die Auszubildende Luana Lubs vom Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrum Neustrelitz traut ihren Augen nicht: Vor ihr liegt der Wandkalender 2026, der anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Bundespolizei gedruckt wurde. Auf dem Cover eine Kontrollsituation des Bundesgrenzschutzes aus den 1990er Jahren. Sie greift nach ihrem Telefon und wählt eine Nummer: „Hallo Mama! Sag mal, auf dem Cover des Bundespolizeikalenders, bist Du das?“

Am anderen Ende der Leitung ist Ivonne Lubs, Bearbeiterin Auswertung in der Bundespolizeiinspektion Pasewalk. Sie stutzt, was meint ihre Tochter bloß? Sie entnimmt einen der Kalender aus dem Karton, der tags zuvor zugestellt wurde, und erkennt sich selbst – vor 30 Jahren.

Luana möchte wissen, wie es zu dem Foto kam. „Ich war damals Angehörige eines Einsatzzuges der Bundesgrenzschutzabteilung Schwarzenbek in Schleswig-Holstein“, erklärt Ivonne. „Wir unterstützten oft die Hamburger Bahnhöfe. Das Foto entstand etwa 1996 anlässlich einer Präventionskampagne zum Taschendiebstahl.“

Kurze Zeit später wurde der Standort Schwarzenbek aufgelöst und Ivonne wechselte in die neu aufgestellte Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit nach Löcknitz in Mecklenburg-Vorpommern. „Dort lernte ich 1999 Deinen

Vater kennen“, sagt Ivonne zu ihrer Tochter. Frank Lubs war als Ermittlungsbeamter tätig und vernahm sie als Zeugin in einem Strafverfahren. „Ich war als Anhaltsposten nahe Eggesin eingesetzt und konnte einen Zusammenstoß mit einem durchbrechenden Fahrzeug nur verhindern, indem ich zur Seite sprang“, erinnert sich Ivonne. Die drei alkoholisierten Insassen konnten wenig später in Zusammenarbeit mit dem Zoll gestellt werden. „Damals hat es zwischen uns gefunkt. Bei der zweiten Vernehmung fragte mich Dein Vater, ob wir essen gehen wollen – eine Woche später zog er bei mir ein“, erzählt Ivonne.

Ivonne und Frank sind mittlerweile beide in der Bundespolizeiinspektion Pasewalk tätig. Die drei ältesten ihrer fünf Kinder sind aus dem Haus – Luana hat unlängst die Ausbildung bei der Bundespolizei begonnen. Zu Hause wohnen noch die 14-jährigen Zwillinge

– ein Mädchen und ein Junge. „Auch sie haben den Wunsch, zur Polizei zu gehen“, sagt Ivonne. ■

Text Enrico Thomschke



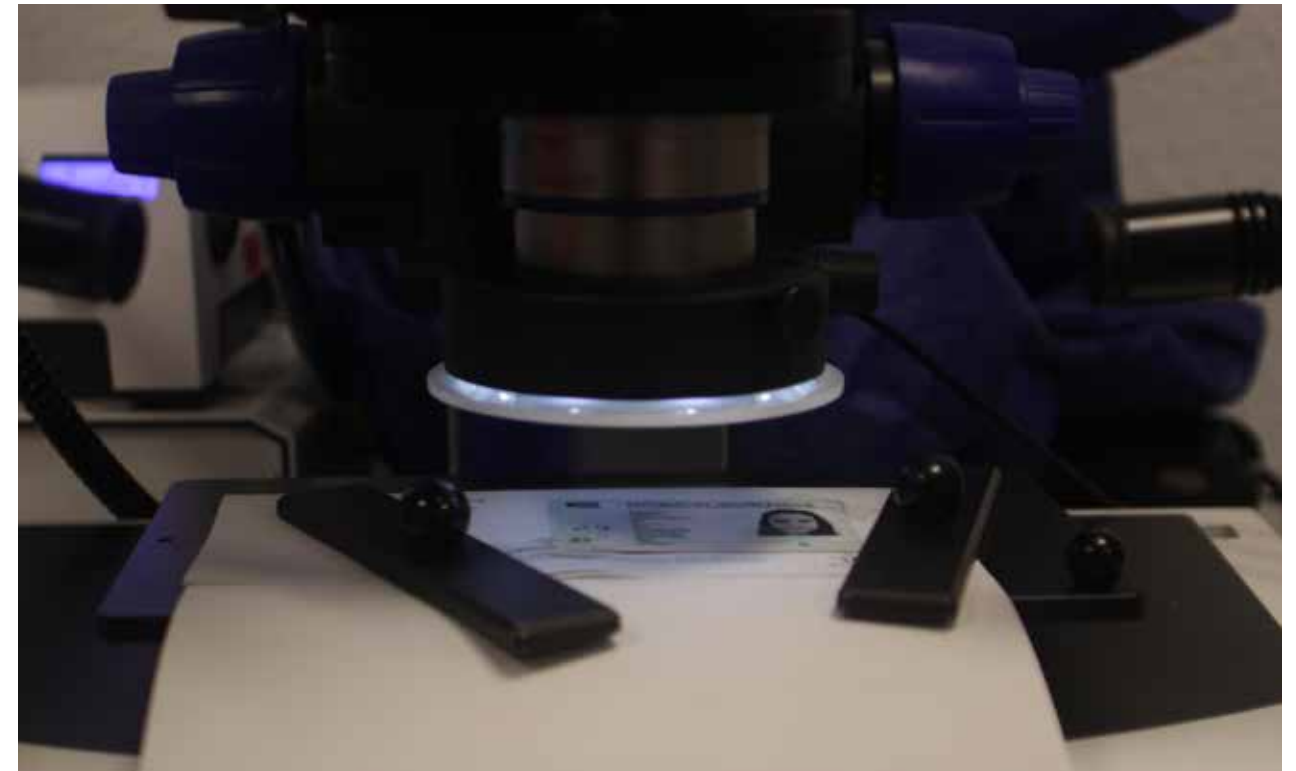
Wandkalender 2026 – 75 Jahre Bundespolizei

Ein Tag ...

... als Urkundenprüfer

Sie agieren im Hintergrund, sind aber für die Bekämpfung von Schleusungskriminalität, Dokumentenmissbrauch und Identitätstäuschungen unverzichtbar: die Urkundenprüferinnen und -prüfer der Bundespolizei. Einer von ihnen ist Willi Michel. Für einen Tag begleitet kompakt ihn bei seiner Arbeit.

UV-Reaktionen eines deutschen Reisepasses



Unter einem Mikroskop werden einige Sicherheitsmerkmale erst bei 100-facher Vergrößerung sichtbar.

Es ist kurz nach sieben Uhr morgens, als ich die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Stuttgart betreue. Willi hat seinen Dienst bereits vor einer Stunde begonnen. Während viele Menschen noch auf dem Weg zur Arbeit sind, hat er schon die ersten Vorgänge gesichtet.

Sein Arbeitsplatz ist eher unscheinbar: Schreibtisch, Computer, Prüfgeräte, Mikroskope und verschiedene Lampen stehen dort. Hier entscheidet sich täglich, ob Dokumente echt sind oder ob es sich um Fälschungen handelt.

Bevor die Arbeit beginnt, führt sein Weg zum sogenannten Tagesschrank. Dort landet alles, was die Dienststelle per Post erreicht. Die Vorgänge sind kategorisiert in „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“, „Fund“ sowie „Kriminaltechnische Untersuchungen“. „Fundsachen bearbeiten wir grundsätzlich zuerst“, erklärt Willi. Der Grund liegt auf der Hand: Viele der Dokumente sind bereits im Fahndungssystem ausgeschrieben oder könnten für Ermittlungen von Bedeutung sein.

An diesem Morgen wartet ein besonderer Vorgang auf ihn. Es handelt sich um eine südafrikanische Identitätskarte. Gefunden wurde sie am Hauptbahnhof Tübingen. Von dort führte der Dienstweg über mehrere Stationen schließlich auf Willis Schreibtisch.

Die Spur der Echtheit

Vorsichtig legt er die Karte unter verschiedene Prüfgeräte. Für Außenstehende wirkt das wie Detektivarbeit. Tatsächlich steckt dahinter ein klar strukturiertes Verfahren: Wasserzeichen, UV-Reaktionen, Mikroschriften, Melierfasern und Druckverfahren werden systematisch kontrolliert.

Während ich auf dem Dokument nichts Auffälliges erkennen kann, entdeckt Willi unmittelbar ein besonderes Sicherheitsmerkmal. Er weist auf winzige, glitzernde Punkte im Dokument hin. Für mich sehen sie aus wie kleine Staubkörner. Es handelt sich dabei jedoch um sogenannte Planchetten – kleine, in das Dokument eingearbeitete Plättchen, die mit einer Mikroschrift versehen sind.

Willi führt mich in das Büro nebenan. Dort legt er die Identitätskarte unter sein Mikroskop. Erst unter einer 100-fachen Vergrößerung wird sichtbar, was zuvor verborgen blieb. Wo ich eben noch lediglich ein kleines Körnchen wahrgenommen habe, erscheint nun ein Plättchen mit Schrift. Selbst für mich wird jetzt erkennbar, wie präzise dieses Sicherheitsmerkmal gefertigt wurde. „Genau solche Details machen oft den Unterschied“, erklärt Willi. „Für Fälscher sind diese Merkmale nur schwer nachzuahmen.“

Somit steht fest: Die Identitätskarte ist echt. Das Dokument ist bislang nicht im Informationssystem für Urkunden hinterlegt. Das soll nun nachgeholt werden. Mit der Echtheitsprüfung endet die Arbeit allerdings nicht. Auch der weitere Verbleib des Dokuments muss geklärt werden. Da die Inhaberin weder in Deutschland gemeldet noch auffindbar ist, kann ihr das Dokument nicht ausgehändigt werden. Die Identitätskarte wird daher an das Bundesverwaltungsamt übersandt. Dieses übernimmt als Zentralstelle für Funddokumente die Rücksendung an den Ausstellerstaat.



Rumänisches Papierdokument – echter nationaler Aufenthaltstitel



Tsili untersucht Dokumente auf deren Echtheit.

Als nächstes prüft Willi ein rumänisches Papierdokument. Die Sprache ist für mich kaum verständlich. Lediglich einzelne Begriffe lassen vermuten, dass es sich dabei um einen nationalen Aufenthaltstitel handelt. Willi durchleuchtet das Schriftstück, hält es unter das Schräglicht und die UV-Lampe. Nach wenigen Minuten ist auch hier das Ergebnis eindeutig: Wasserzeichen, Druckbild und Sicherheitsmerkmale entsprechen dem Original.

Lernen am Dokument

Es klingelt an der Tür. Charalampos Tsilikas, von allen Tsili genannt, beginnt

heute seine zweiwöchige Hospitation bei den Urkundenprüfern. Erst vor kurzem hat er erfolgreich den Lehrgang zur Urkundenfachkraft abgeschlossen. Die Hospitation bildet den letzten Schritt, bevor er die Funktion am Stuttgarter Flughafen wahrnehmen darf. Willi führt ihn durch die Büros, dann beginnt direkt die praktische Fortbildung. Auf dem Tisch landen Reisepässe, Identitätskarten und Aufenthaltstitel aus unterschiedlichsten Staaten. „Echt, unecht, gefälscht oder verfälscht?“, lautet die Aufgabe. Während Tsili die Dokumente untersucht, erklärt Willi geduldig die Besonderheiten einzelner

Sicherheitsmerkmale. Schnell wird deutlich, dass die Urkundenprüfung weit mehr ist als das Erlernen von Merkmalen – Erfahrung spielt eine entscheidende Rolle.

Unterstützung für ganz Europa

Mitten in der Fortbildung geht eine neue Anfrage im Postfach ein. Sie stammt vom Urkunden-Helpdesk. Diese Anfragen gehören nicht zu den originären Aufgaben der Urkundenprüfer. Dennoch unterstützen die Spezialistinnen und Spezialisten nach Rücksprache mit der Führung regelmäßig Kolleginnen und Kollegen

Urkunden-Helpdesk

Der Urkunden-Helpdesk ist eine zentrale Beratungsstelle der Abteilung 3 in Kooperation mit Referat 11 des Bundespolizeipräsidiums. Die Urkundenexpertinnen und -experten können telefonisch, per E-Mail oder über eine App auf den dienstlichen Smartphones kontaktiert werden. Sie sind spezialisiert auf die Prüfung von Dokumenten und auf Lichtbildvergleiche – auch aus der Ferne. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter treffen innerhalb weniger Minuten eine Einschätzung, ob eine Verfälschung oder Totalfälschung vorliegt und ob die Person mit dem Lichtbild des Dokumentes übereinstimmt.

Die **Überprüfung der Urkunden** obliegt grundsätzlich den örtlich zuständigen Bundespolizeiinspektionen Kriminalitätsbekämpfung. Der Helpdesk hat daher lediglich eine „beratende“ Funktion, wenn zum Zeitpunkt der Anfrage vor Ort keine Fachkräfte zur Verfügung stehen, die Entscheidung jedoch zeitnah getroffen werden muss. Die **Urkundenfachkräfte der Dienststellen** unterstützen den Helpdesk bei Bedarf. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Zusatzaufgabe, die nach Genehmigung der oder des jeweiligen Vorgesetzten möglich ist.

im gesamten Bundesgebiet. Heute wurden Bilder eines Dokuments sowie die maschinenlesbare Zeile und die ausgelesenen Chipdaten übermittelt.

Anhand der vorliegenden Informationen kann Willi schnell eine erste Einschätzung abgeben. Die Zertifikate lassen sich auslesen, der Chip reagiert korrekt und die Daten passen zur maschinenlesbaren Zeile. „Der Chip scheint echt zu sein“, erklärt Willi.

Ob das gesamte Dokument echt ist, kann er anhand der übersandten Bilder nicht abschließend beurteilen. Genau darin liegt die Aufgabe des Helpdesks: Empfehlungen geben, Fragen beantworten sowie die Beamtinnen und Beamten unterstützen. Die Entscheidung trifft die Streife vor Ort.

Bundesweit bearbeiten derzeit etwa 100 Urkundenfachkräfte derartige Vorgänge. „Regelmäßig erreichen uns auch Anfragen aus dem Ausland, etwa von Partnerbehörden in Spanien oder den Niederlanden“, sagt Willi.

Noch während wir über den Helpdesk sprechen, trifft die nächste Fundsache ein. Ein rumänischer Reisepass vom Hauptbahnhof Stuttgart. Die Prüfung verläuft routiniert. Sämtliche Sicherheitsmerkmale sind echt. Da der Inhaber als rumänischer Staatsangehöriger über ein Aufenthaltsrecht in Deutschland verfügt, wird der Reisepass später an die zuständige Ausländerbehörde übersandt.

6 000 Dokumente pro Jahr

Nach der Mittagspause frage ich Willi, wie viele Dokumente die Urkundenprüfer der Bundespolizeidirektion Stuttgart bearbeiten. Die Zahlen beeindrucken: Von Januar bis Mitte Mai 2026 waren es bereits 1 938 Dokumente – im Jahr 2025 waren es insgesamt 5 964. Noch höher lag die Zahl im Jahr 2024 mit rund 8 700 Dokumenten. Etwa zehn Prozent davon entpuppen sich als Fälschungen. Insgesamt sind zwölf Urkundenprüferinnen und -prüfer in der Direktion tätig: drei in Stuttgart, zwei am Flughafen Stuttgart, vier in Offenburg und drei in Weil am Rhein. Insbesondere die Grenzdienststellen



Fundsache vom Stuttgarter Hauptbahnhof: rumänischer Reisepass

Offenburg und Weil am Rhein bearbeiten einen Großteil der Fälle.

Mehr als nur Dokumente prüfen

Der Arbeitstag neigt sich langsam dem Ende entgegen. Die Prüfung von Dokumenten ist nur ein Teil von Willis Aufgaben. Regelmäßig organisiert und begleitet er Schulungen für Ausländerbehörden, Landratsämter, Landespolizeien oder den Zoll. Dort vermittelt er sein Fachwissen über Dokumentensicherheit, Fälschungsmerkmale und aktuelle Entwicklungen in der Urkundenkriminalität. Als ich die Dienststelle verlasse, wird mir bewusst, wie viel Verantwortung hinter dieser Spezialisierung steckt. Viele Menschen werden niemals mit einem Urkundenprüfer in Berührung kommen. Dennoch sorgen sie täglich dafür, dass Identitäten überprüfbar bleiben, Fälschungen erkannt werden und Dokumente ihren Wert behalten. Willi Michel blickt zum Abschluss noch einmal auf die Vorgänge des Tages. Für ihn ist es Routine, für mich waren es Einblicke in eine Aufgabe der Bundespolizei, die meist im Verbor-

genen bleibt, dessen Bedeutung aber von unschätzbarem Wert ist. ■

Text Anna-Lena Seeger



Auf den Punkt

Willi Michel ist Urkundenprüfer in der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Stuttgart. kompakt begleitete ihn für einen Tag und erlebte, wie er Ausweise und Dokumente untersucht und deren Echtheit beurteilt.



Zeitreise in den BGS vor 60 Jahren „Waffenlose Selbstverteidigung immer aktuell“

Das Einsatztraining der Bundespolizei umfasst zumeist Abwehrgriffe und -techniken. Bereits in den 1960er-Jahren berichtete „Die Parole“ – die damalige Mitarbeiterzeitschrift des Bundesgrenzschutzes (BGS) – über den Einfluss japanischer Kampfsportarten auf die Aus- und Fortbildung. Die „waffenlose Selbstverteidigung“ gilt seit jeher als eine der Grundlagen polizeilichen Handelns.

„Diese moderne Selbstverteidigungsart, speziell auf den Grenzschutz- und Polizeibeamten zugeschnitten, dürfte im Bereich der Deutschen Polizei vorbildlich und führend sein.“ So heißt es in einem Artikel über neue Wege in der Sportausbildung aus dem Jahr 1966.¹ Der Lehrkörper der Grenzschutzsportschule soll die Polizeigriffe mittels einer Kombination aus Karate, Judo und Jiu-Jitsu weiterentwickelt haben. Damaliges „Nahziel“ war sogar die Aufnahme als Sparte im Deutschen Judobund. Im Jahr 1969 berichtet „Die Parole“ erneut über Judo-Sport und Selbstverteidigung. Der Zuschauer erlebe tänzerisch wirkende, disziplinierte Bewegungen, die bewaffnete Gegner mit bloßer Hand bezwingen würden. Jiu-Jitsu könne aus dem Japanischen mit „sanfte Kunst“ und Judo mit „gehorsames Leben“ übersetzt werden.

Weiter wird beschrieben, dass sich Judo und Jiu-Jitsu wesentlich durch ihre Zielrichtung unterscheiden: Jiu-Jitsu könne bei Anwendung aller zur Verfügung stehender Möglichkeiten schwere Verletzungen oder gar den Tod zur Folge haben. Es handle sich somit um eine Kampfkunst zur Selbstverteidigung.² Judo werde dagegen sanft ausgeführt und lasse den sportlichen Wettkampf zu.

Um all diese Techniken möglichst effektiv einsetzen zu können, wurde auch früher schon großer Wert auf die Leistungsfähigkeit der Beamten gelegt. „Oberstes Ziel der Körperertüchtigung im BGS ist die Einsatzfähigkeit, die es zu fördern und zu erhalten gilt“, so „Die Parole“ aus 1966.³ Den Einsatzkräften wurde dabei die regelmäßige Teilnahme an Übungsstunden ans Herz gelegt.

Nach und nach etablierten sich im BGS auch Boxen und Ringen zu den Disziplinen, denen ein ausgleichender Charakter zugesprochen wurde, und die zudem als zweckdienlich für den Dienst galten.

Welche Techniken heute noch eine Rolle im Einsatztraining der Bundespolizei spielen, lesen Sie in der kommenden Ausgabe der **kompakt**. ■

¹ Die Parole, 16. Jahrgang, Nr. 1, 15. Januar 1966, Seite 14 f.

² Die Parole, 19. Jahrgang, Nr. 1, 20. Januar 1969, Seite 10

³ Die Parole, 16. Jahrgang, Nr. 9, 15. September 1966, Seite 8

Text Roman Osburg



Leserbrief

Liebes Redaktionsteam,

Gratulation zu Heft 01 | 2026 und der eindrucksvollen Zeitreise durch 75 Jahre Bundespolizei! Besonders freute mich die Erwähnung der Neugründung des Bundesgrenzschutzes See im Jahr 1964, denn mein Großvater Konrad Tank war dessen erster Kommandeur.

Schon früh stand für ihn fest, dass eine Polizeiaufbahn seine Berufung war. Der Zweite Weltkrieg und die Vertreibung aus der pommerschen Heimat unterbrachen diesen Weg. Er arbeitete Jahre als Bauernknecht, lernte das Maurerhandwerk – stets in der Hoffnung, wieder in den Polizeidienst zurückzukehren.

1951 erfüllte sich dieser Wunsch – beim neugegründeten Bundesgrenzschutz. Er wurde nach Lübeck, Sankt Hubertus einberufen und machte eine beeindruckende Karriere.

1964 schrieb der Kommandeur des Grenzschutzkommandos Nord, Willy Langkeit, an ihn: „Konrad, Du kennst als Kolberger Wind und Wellen, und Du stellst mir an der Ostsee den Verband auf!“

1975 übernahm mein Großvater die Leitung der Unterführerschule, später des Fachbereichs Führung und Einsatz. Nach 40 Dienstjahren ging er 1979 als Polizeidirektor in den Ruhestand. Als er 2020 im Alter von 100 Jahren starb und in der Ostsee vor

Travemünde bestattet wurde, erhielt er polizeiliches Ehrengelait.

Sein Nachlass offenbarte, dass die Familienerzählungen nur ein Schatten dessen waren, was zwischen Flucht, Vertreibung und Neubeginn wirklich geschah – dieser Geschichte habe ich die Neuerscheinung „Was meine Großeltern verschwiegen“ im Verlag Frankfurter Allgemeine Buch gewidmet.

Mit besten Grüßen
Andreas Tank



Erster Kommandeur des Bundesgrenzschutzes See, Konrad Tank, Bundesminister des Innern, Paul Lücke, und Kommandeur des Grenzschutzkommandos Nord, Willy Langkeit (von rechts), 1966 in Neustadt in Holstein



Vereidigung auf das Grundgesetz 1957 in Neu Tamm, Hauptmann Konrad Tank spricht die Eidesformel.

Ausblick

Die kommende Ausgabe widmet sich der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, kurz Frontex. Kolleginnen und Kollegen berichten über ihre Einsätze und Erfahrungen. **kompakt** stellt den Weg vom Auswahlverfahren für die Aufnahme in den Pool der Agentur bis hin zur Ausreise dar. Außerdem werden die verschiedenen Profile und Kategorien beschrieben und es wird aufgeklärt, welche finanziellen Ausgaben Frontex den Beamtinnen und Beamten erstattet.



Dein Foto auf
der letzten Seite!
Zusendung an:
redaktion.kompakt@
polizei.bund.de

Der 80. Studienjahrgang vor dem Holstentor in Lübeck.
645 Polizeikommissarinnen und -kommissare wurden
am 27. August 2026 ernannt und in ihre Dienststellen
entsandt.



www.komm-zur-bundespolizei.de
www.bundespolizei.de

75 JAHRE
Sicherheit seit 1951



BUNDESPOLIZEI